

STAND PUNKT

Christlich-politische
Monatszeitschrift

Juni 2018



Ein grosser Moment



ERFOLGREICHE EDU-PETITION

Übergabe von rund 20000 Unterschriften an Bundesrat und Parlament.

Seite 4

MONATSINTERVIEW

Warum Cannabis gefährlich bleibt. Und: neue «Drogenexperimente» in Bundesbern.

Seite 8–10

KANTON ZÜRICH

- Hausbesetzungen: 3 Fragen an 3 wiedergewählte EDU-Gemeinderäte
- Hans Egli fordert: Stopp Extasia!

KANTONALTEIL

Inhalt

5

EDU-Seminar

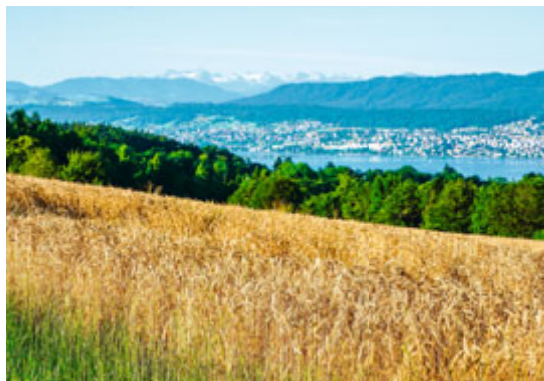


Wertebewusst leben – warum? Und wie?

Am 16. Juni lädt die EDU Schweiz zum diesjährigen Seminar nach Olten ein. Die Themen: «Werte-bewusst leben. Brennen, aber nicht ausbrennen». Nebst dem Referat des Mediziners Dr. Werner Furrer warten zwei Workshops sowie Hintergrundinformationen zum aktuellen politischen Geschehen auf die Teilnehmenden.

6

Landwirtschaft



«Faire trade» auch für Schweizer Bauern!

Freihandelsabkommen, grösstmögliche Unabhängigkeit, Kostendruck: Die Agrardebatte in der Sommersession birgt viel Zündstoff.

13

Gottesfurcht, direkte Demokratie und Gesprächskultur



Die Erfolgsgeschichte der Schweiz

Das Bewusstsein um Gott den Allmächtigen, Respekt gegenüber anderen Meinungen, Einsatzwille und Hilfsbereitschaft haben unser kleines Land zu einer bedeutenden Nation gemacht. Ein kleiner geschichtlicher Abriss.

8–10 Monatsinterview:

- 8–10 Warum Cannabis gefährlich bleibt
- 12 Wieso wollen plötzlich alle heiraten?
- 14 klipp & klar
- 15 Rezension & «Mein Standpunkt»
- 17 Service
- 18 Aktuell: Spitalschiffe für die Ärmsten
- 19 Schlusspunkt

Wort des Monats

«LASST UNS FESTHALTEN AM BEKENNTNIS DER HOFFUNG UND NICHT WANKEN; DENN ER IST TREU, DER SIE VERHEISSEN HAT»

Hebräer 10,23

Liebe Leserin, lieber Leser



Mitte Mai, unterwegs zu einem Interviewtermin in der Ostschweiz. Zwischen Winterthur und St. Gallen erhält ein kleines Gebäude mit der Aufschrift «Pumpwerk Heimat» meine Aufmerksamkeit. Der Backsteinbau steht mitten im weiten Grün der lieblichen Landschaft.

«Heimat»: Welche Gefühle verbindet der Durchschnittsschweizer damit? Die Meinungen gehen weit auseinander. Ähnlich ist es beim Begriff «Familie». Ist es wirklich nur «eine Gruppe Menschen, die sich aus dem gleichen Kühlschrank ernährt», wie ein Definitionsversuch behauptet? «We are family» bezeichneten Menschen vor nicht langer Zeit ihre Gruppe beziehungsweise geistige Heimat. Von Kindern war in diesem Zusammenhang keine Rede. Bei beiden Themenkreisen sind die Grenzen fließend. «Und das ist gut so» würden die einen sagen; andere, vielleicht gar die viel zitierte schweigende Mehrheit, bedauern die bewusst herbeigeführte Begriffswandlung. Und «Heimat»? Viele schätzen sich glücklich, die Schweiz als Heimat zu haben. Andere empfinden ihr Lebensumfeld oder den Freundeskreis als Heimat. Jüdische Menschen aus aller Herren Ländern fanden – und finden – in Israel eine Heimat. Hinter sich eine leidvolle Vergangenheit, vor sich eine ungewisse Zukunft. Sie haben meinen Respekt, Bevölkerung wie Nation. Für mich bedeutet Heimat Identität, Geborgenheit, meinen Platz. Schweizer zu sein macht mich nicht stolz, sondern dankbar. Wie würden wohl die Erbauer des «Pumpwerk Heimat» darüber denken?

Thomas Feuz, Redaktionsleiter



Briefwechsel



Hoi Michel

Sälü Rösli

Für mich ist der Sommer eher noch weit weg, aber der Frühling freut mich sehr. Die längeren Tage setzen Energie frei. Die Blumen und das spriessende Grün an Sträuchern und Bäumen ist jedes Jahr neu einfach ein Wunder. Welch grossartiger Schöpfer steckt dahinter, der sich dies ausdachte und erhält!

Vor etlichen Jahren durfte ich eine Israelreise machen. Wir sahen das Parlamentsgebäude, die Knesset (zwar nur von aussen). Aber ich freute mich trotzdem, denn es werden wichtige Entscheide in diesem Gebäude getroffen. Jerusalem ist die Hauptstadt des Staates Israel. Geschichtlich nimmt Jerusalem einen sehr wichtigen Platz ein. Ich kenne die in der Bibel geschriebene jüdische Geschichte, kaum jedoch die fast 2000 Jahre neuere Geschichte der Juden und Israels nach der Fertigstellung der Bibel. Ich fände es sehr gut, wenn die Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt würde. Wie denkst du darüber? Und als weitere Frage: Kennst du Juden persönlich? Hast du vielleicht eine grössere Ahnung als ich, wie sie in unserem Land leben?

Mit einem herzlichen Shalom, Rösli

Israel ist ein gutes Stichwort. Letzten Herbst konnte ich mit unserer Gemeinde an einer Israelreise teilnehmen. Das war eine coole Zeit. Papa kam nicht mit, weil er diese Reise vorher mit den Pastoren und Angestellten unseres Gemeindeverbands bereits gemacht hatte. Tröste dich: Auch wir konnten die Knesset nicht besuchen! Und zwar, weil der Termin auf einen hohen jüdischen Feiertag gefallen wäre, Yom Kippur oder so, und alles geschlossen war. Darum machten wir das Erinnerungsfoto mit der Gruppe dann in der Hauptstadt Jerusalem. :-)

Wie Juden leben, war auf dieser Reise nicht wirklich ein Thema. Dafür ist es mir jetzt möglich, mir ein Bild von den Örtlichkeiten einer biblischen Begebenheit zu machen. Juden in der Schweiz kenne ich eigentlich nicht, auch nicht im Bekanntenkreis. Die nächste Synagoge wäre in Bern. Gut möglich, dass ich später mal einen Besuch plane. Die Petition für die Botschaftsverlegung habe ich aber unterschrieben. Nächstens gibt's ja ein EDU-Seminar zum Thema Burnout. Meine Frage an Dich: Ist das in deinem Beruf auch ein Thema?

Gruss, Michel



20 000-mal «Schweizer Botschaft nach Jerusalem!»

Es war ein grosser Moment: Am 14. Mai übergab die EDU Schweiz in Bern im Beisein von Sympathisanten ihre Petition mit rund 20 000 Unterschriften. Die Bittschrift zuhanden von Bundesrat und Parlament verlangt die Verlegung der Schweizer Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem.

Thomas Feuz

Die von der EDU Schweiz Ende Januar lancierte Petition wurde innert weniger Tage von 3000 Personen unterzeichnet. Bis zum Sammelschluss gingen insgesamt 19 776 Unterschriften ein. Erstmals konnte ein EDU-Anliegen auch online unterzeichnet werden; 4758 User nutzten die Möglichkeit der elektronischen Unterzeichnung. Der eindrückliche Anlass wurde von einem ad hoc-Bläserensemble musikalisch umrahmt.

Achtungserfolg für die EDU

«Seit der Staatsgründung 1948 ist Jerusalem die Hauptstadt Israels. Trotzdem befindet sich die Botschaft der Schweiz und anderer Länder in Tel Aviv. Dabei ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Botschaft in der von der betreffenden Regierung bezeichneten Hauptstadt vertreten ist», betonte Parteipräsident Hans Moser in seiner Ansprache. «Seit 70 Jahren wird der Wille von Israel ignoriert, wonach Jerusalem seine Hauptstadt ist. Auch von der Schweiz! Die Zeit ist gekommen, dass nun Taten folgen», führte Vizepräsident Roland Haldimann aus. Beide dankten für die grosse Unterstützung dieses Anliegens.

Für einen Paradigmenwechsel

Die etwas über 19 770 Unterzeichnenden erwarten einen Paradigmenwechsel. Sie fordern den politischen Willen und Mut zur Anerkennung der geschichtlichen Tatsache, dass Jerusalems historisch dem jüdischen Volk gehört.

Das Datum der Übergabe fiel nicht zufällig auf den 14. Mai: An diesem Tag feiert Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten, ihren Nationalfeiertag. Auf das gleiche Datum hin kündigte die Trump-Administration die Verlegung der Botschaft der USA nach Jerusalem an – eine Forderung, die der US-Kongress bereits 1995 beschlossen hat. Die EDU erwartet von der Landesregierung klare und mutige Schritte. Die Forderung wird mit der jüngeren Geschichte ab 1948 sowie mit entsprechenden Aussagen aus der Heiligen Schrift begründet. Denn: Seit rund 3000 Jahren gibt es jüdisches Leben in Jerusalem.

Historische Fakten anerkennen!

Hans Moser: «Resultat des Sechstagekriegs von 1967 durch Ägypten, Syrien und Jordanien war die (Rück-)Eroberung des Gazastreifens, des Sinais, des Westjordanlands und der Golanhöhen durch Israel. Seither ist der Staat Israel rechtmässiger Besitzer von Jerusalem. Es existieren keine legalen Ansprüche der Palästinenser auf den Ostteil Jerusalems mit den heiligsten Stätten der Juden. Diesbezüglich spricht bereits der Prophet Sacharja Klartext. Jeder Staat bestimmt seine Hauptstadt eigenständig. Auch Israel hat dieses Recht!»

Die EDU forderte erstmals kurz nach ihrer Gründung im Jahr 1975, dass Israel von der Kultur- und Eventmetropole Tel Aviv in die israelische Hauptstadt Jerusalem verlegt wird. •

Politseminar
16. Juni 2018
9.30 Uhr
Hotel Olten
in Olten



Wertebewusst leben – warum? Und wie?

Am 16. Juni lädt die EDU Schweiz zum diesjährigen Seminar nach Olten ein. Die Themen: «Werte-bewusst leben. Brennen, aber nicht ausbrennen». Nebst dem Referat des Mediziners Dr. Werner Furrer warten zwei Workshops sowie Hintergrundinformationen zum aktuellen politischen Geschehen auf die Teilnehmenden.

Das Thema spricht aktive Mitglieder wie Interessierte an: «Werte-bewusst leben». Wie werden Werte definiert, was hat Wert in einer Wegwerfgesellschaft, wie passiert Wertschätzung? Wie bringen wir die persönliche Wertehaltung in unser politisches Engagement, den Beruf, die Familie und die christliche Gemeinde ein? Und wie lässt sich einem Burnout, dem Ausbrennen, vorbeugen?

Fachreferate, Workshops, Gemeinschaft

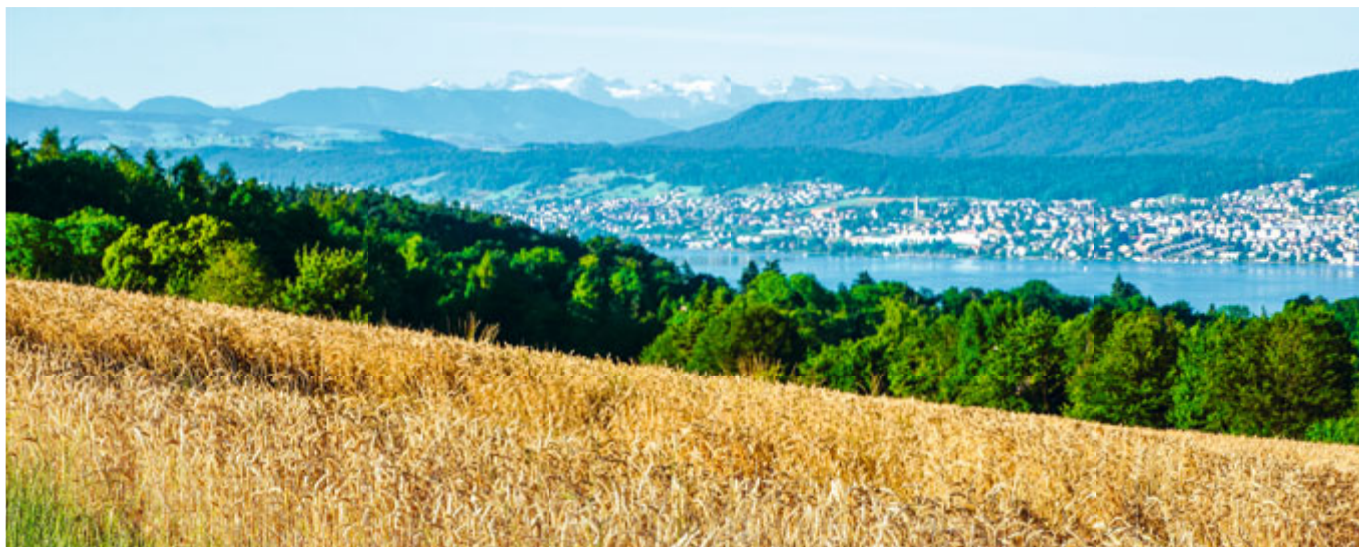
Werte, Engagement, Brennen und ausbrennen (Burnout): Dr. Werner Furrer, Mitglied der EDU Schaffhausen, wird in seinem Vortrag auf den aktuellen Stand der internationalen Forschung eingehen, aber auch grundsätzliche Fragen behandeln. Zwei Workshops vermitteln Informationen, Anregungen und Tipps für ein Engagement: Während David Gysel, Mitarbeiter der EDU Schweiz, sein Konzept über die politischen Fachgruppen der EDU vorstellt, orientieren Harold Salzmann und Thomas Feuz über die Themenkreise Facebook und Leserkreise. Beide Workshops können alternierend besucht werden. Nebst dem Begrüssungsreferat von Parteipräsident Hans Moser wird a. Nationalrat Markus Wäfler aktuelle politische Vorgänge anschaulich und packend vermitteln.

Das Wichtigste auf einen Blick

- 9.30 Kaffee und Gipfeli
- 9.50 Begrüssung, Input, Gebet (Hans Moser)
- 10.10 «Diagnose: Burnout... Wertebewusst leben!» (Dr. Werner Furrer, Allgemeinmediziner)
- 11.15 Workshops, 1. Runde
 - ▶ politische Fachgruppen der EDU (David Gysel)
 - ▶ Christ und Öffentlichkeit (Facebook: Harold Salzmann, Leserbrief: Thomas Feuz)
- 13.30 Workshops, 2. Runde
- 14.15 ... wieder in den Nationalrat! (Kantonsrat Andreas Schnetzler, Präsident der Wahlkommission)
- 14.45 «Die Schweiz und Europa 2018» (a. Nationalrat Markus Wäfler)
- 15.45 Umfrage, Dank, Segen

Anmelden – teilnehmen!

Die Teilnehmerzahl ist nicht beschränkt. Trotzdem ist eine möglichst baldige Anmeldung empfehlenswert (info@edu-schweiz.ch, 033 222 36 37). Die Seminargebühr von 20 Franken wird mit einer Kollekte erhoben. Wir freuen uns, Sie in Olten zu begrüssen!



Für eine selbstbewusst produzierende Landwirtschaft! Der Nationalrat setzt mit der Agrarpolitik ab 2022 Zeichen – hoffentlich.

«Faire trade» auch für Schweizer Bauern!

Freihandelsabkommen, grösstmögliche Unabhängigkeit, Kostendruck: Die Agrardebatte in der Sommersession birgt viel Zündstoff.



a. Nationalrat Markus Wäfler,
pens. Agro-Techniker SLT

Im Zentrum steht die Diskussion über den Bericht des Bundesrats vom November 2017 zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Dieser analysiert den Ist-Zustand im Agrarsektor und skizziert die Strategie des Bundesrats für die Agrarpolitik ab 2022. Bis 2021 läuft die aktuelle Agrarpolitik 2014–2017 weiter.

Vor hohen Herausforderungen

Die Schweizer Landwirtschaftspolitik erhält regelmässig wegen des relativ hohen Grenzschatzes Kritik. Auch im Inland wird der Landwirtschaft der Schwarzpeter für hohe Lebensmittelpreise in die Schuhe geschoben. Für hochwertige Nahrungsmittel sollen Bauern einen fairen Lohn verdienen. «Faire trade» ist in der Schweiz ein Modebegriff, wenn es um Importe aus Drittweltländern geht, aber in Bezug auf die eigene Landwirtschaft gelten bei Konsumenten anscheinend andere Massstäbe. Im Blick auf die Zukunft muss sich unsere Landwirtschaft mit neuen Freihandelsabkommen und reduziertem Grenzschatz auseinandersetzen. Deshalb ist es unumgänglich, dass sich die

Interessenorganisationen der Landwirtschaft endlich zusammenraufen, gemeinsam ihre Strategie festlegen und an Verhandlungen und Diskussionen konstruktiv mitwirken. Das bisherige Bild von Bauernverband und landwirtschaftlichen Branchenorganisationen zeigt einen zerstrittenen Bauernstand von Neidern, der infolge von Individual- und Gruppeninteressen nicht fähig ist, den Milch- und Fleischmarkt eigenständig zusammen mit den Marktpartnern zu regulieren.

«Vorzeigebereiche» Wein und Käse

Die Landwirtschaft ist gut beraten, ihre Zukunft primär selber in die Hand zu nehmen und sich aktiv und konstruktiv den wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen. Liberalisierungen im Agrarsektor zeigten in der Vergangenheit verschiedentlich positive Auswirkungen. Die Weinproduktion etwa war in den 1960er- und 1970er-Jahren geprägt von einer Überproduktion an Massenweinen mit teilweise fragwürdiger Qualität. Ähnliches galt für den Käsesektor. Der Bund übernahm die qualitativ fragwürdige

Überproduktion und verscherbelte sie mit Verbilligungsaktionen. Die Marktöffnung machte den Produzenten klar: Nur noch Qualitätsware lässt sich verkaufen. In der Folge wurde die Erntemenge pro m² Reben drastisch reduziert, die kontrollierte Qualität stieg, innovative Winzer und deren Organisationen konnten sich eine eigene qualitätsbewusste Kundschaft aufbauen. Die verschiedenen Prozesse waren verbunden mit einer generellen Restrukturierung der Landwirtschaft zu eher grösseren Betriebsflächen und Spezialisierung.

Wie weiter?

Aus meiner Sicht müssen sich die landwirtschaftlichen Interessenverbände zusammenraufen und endlich miteinander statt gegeneinander die berechtigten Interessen einer produzierenden Landwirtschaft vertreten. Ein aus der Agrarpolitik 2014 – 2017 abgeleitetes «Vollkasako-XXL-Öko-Abzocker-Bauerntum» mit aufgeblähtem administrativem Kontrollaufwand ist nicht mehr zeitgemäss! Gefragt ist vielmehr

eine selbstbewusst produzierende Landwirtschaft mit eigener Marketingverantwortung, sowohl im Bio- wie im konventionellen Sektor. Dabei ist die staatlich verordnete Kontroll- und Subventionsbürokratie auf ein absolutes Minimum zu reduzieren.

Politik und Wirtschaft müssen die Wichtigkeit und den Wert einer produzierenden Landwirtschaft anerkennen. Wir brauchen deren Erhalt in genügender Grösse. Konsumenten müssen sich bewusst werden, welche Folgen der kurz-sichtige Billig-Einkauf im Ausland auf Arbeitsplätze und Mehrwertsteuer-Einnahmen hat. Schliesslich muss die Politik, inklusive SP und Gewerkschaften, kapieren, dass man nicht von der Landwirtschaft verlangen kann, dass sie Einnahmeneinbussen von Freihandelsabkommen akzeptiert, während andererseits auf dem Arbeitsmarkt via flankierende Massnahmen alles auf Schweizer Lohnniveau betoniert bleibt. Und der Landwirtschaft Minimallöhne für ihr Personal diktiert, die mit den erzielbaren Produktpreisen nicht finanzierbar sind. •

«Gemeinsamer Nenner trotz Meinungsvielfalt»

Warum sind Sie bei der EDU?



«Vor 15 Jahren wurde ich an einer Tagung der Eisenbahnermission RailHope auf eine Kandidatur bei der EDU angesprochen. In meinem Wahlkreis gebe es noch zu wenig Leute; ich könne auch als Parteiloser kandidieren. Ich mache keine halben Sachen! Daher wollte ich nicht als Parteiloser auf eine Wahlliste. Nach dem Besuch des EDU-Präsidenten wurden meine Frau und ich Mitglieder. Später nahm ich ebenfalls im Kanton St. Gallen an den Wahlen teil.

Das Kennenlernen und Zusammenarbeiten mit anderen Christen empfinde ich als schön und wertvoll. Man spürt eine Verbundenheit, auch wenn man politisch nicht immer auf derselben Linie ist.

Für mich ist die EDU die einzige Partei, die sich christliche Werte und die Bibel als unverän-

derlichen Massstab bewusst auf die Fahne geschrieben hat. Wenn ich bei Sachthemen nicht immer dieselbe Meinung vertrete, gibt es doch einen gemeinsamen Nenner: Jesus Christus. Persönlich finde ich es nötig und wichtig, dass bekennende Christen bei Abstimmungen und Wahlen die EDU unterstützen. Noch besser ist es, als Mitglied mitzugestalten.»

Martin Jost (43),
verheiratet, 3 Kinder; Ausbildung: Elektromonteur, Beruf: Lokführer BLS; Amt: Kassier RailHope Schweiz; wohnhaft in Wimmis BE



Für ein Leben ohne Drogen, für Menschenwürde und selbstbestimmte Lebensgestaltung: Nationalrätin Verena Herzog.

Warum Cannabis gefährlich bleibt

Immer wieder gibt es Anläufe, Rauschgifte zu legalisieren. Gegenwärtig wollen mehrere Vorstösse und eine Volksinitiative die Droge Cannabis legalisieren. Ein Gespräch mit Verena Herzog, Präsidentin des Vereins Jugend ohne Drogen.

Lisa Leisi, Präsidentin der EDU Kanton St. Gallen, vierfache Mutter

Frau Herzog, wie nehmen Sie Cannabiskonsum in Ihrem Umfeld wahr?

Ich möchte der Jugend einen guten Start in ihr Berufsleben ermöglichen. Ich kenne aus unserem Bekanntenkreis junge Menschen, die durch ihre Abhängigkeit von Cannabis zuerst in der Schule, später in der Lehre oder im Studium versagt und ihren früheren Freundeskreis verloren haben, mehrmals in der Klinik waren und den Anschluss in den Arbeitsprozess nicht mehr geschafft haben. Ihr Leben war verpfuscht, bevor es überhaupt richtig beginnen konnte.

Später landen viele in der IV und hängen am Staatstropf. Der Anteil der Invaliditätskosten für psychisch kranke Jugendliche steigt Jahr für Jahr. Auch habe ich Bedenken betreffend die Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Ein Leben in Freiheit sieht anders aus!

Unser Land erarbeitete sich den Wohlstand durch hohe Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Qualität. Dies alles wird durch Drogenkonsum torpediert.

Prävention, Therapie, Repression, Schadensminimierung: Wie beurteilen Sie die Vier-Säulen-Politik?

Grundsätzlich wäre diese zu befürworten, aber sie hat versagt. Prävention und echte Therapie kommt mit der heutigen Drogenpolitik eindeutig zu kurz. Repression wird zu wenig zielgerichtet und konsequent durchgesetzt. Der Vollzug der Gesetze ist zu lasch. Für Jugendliche ist der Zugang zum «Stoff» zu leicht. Die Umgebung etwa von Schulhäusern und Jugendtreffs müsste systematisch kontrolliert werden, um den Dealern das Handwerk zu erschweren. Die Heroin- und Methadonabgabe und viel Sozialhilfeaufwand haben zwar äusserlich zu einer Teilverbesserung für die Betroffenen geführt («Schadensminimierung»). Wenn auch das Elend der Heroinsüchtigen aus den Augen der Öffentlichkeit verschwunden ist, heisst das nicht, dass es nicht mehr existiert. Ziel sollte doch ein Leben in Würde und frei vom Zwang der zerstörenden Drogensucht sein!

Wo steht unser Land im Vergleich mit anderen Ländern?

Schlagzeilen wie «Schweizer Jugendliche sind Kiff-Weltmeister» (NZZ, 27.03.2016) sind bedenklich. Oder auch, dass gemäss Abwasseruntersuchungen fünf Schweizer Städte beim Kokain-

konsum in den Top 10 Europas sind – vermutlich auch ein Phänomen der Wohlstandsverwahrlosung und eine Folge der Verharmlosung der psychotropen Drogen.

Wie gross ist bei uns das Problem des Konsums von illegalem, THC-haltigem Cannabis?

Nach Angaben von «Sucht Schweiz» hat sich in Schweizer Suchthilfeeinrichtungen im Verlauf der letzten zehn Jahre der Prozentsatz der unter 25-Jährigen, bei denen die Hauptproblemsubstanz Cannabis ist, von 33 auf 80 % massiv erhöht. Die Anzahl Jugendlicher, die im Zusammenhang mit Cannabis an Schizophrenie und anderen Psychosen erkrankt, ist nach ärztlichen Aussagen besorgniserregend hoch. Neuste wissenschaftliche Studien (Universität Lausanne, Januar 2017) mit epidemiologischen Daten aus über 40 Jahren belegen, dass bei Cannabiskonsumern das Schizophrenie-Risiko um 37 % erhöht ist.

«ZIEL DER DROGENPOLITIK SOLLTE EIN LEBEN IN WÜRDE UND FREI VOM ZWANG DER ZERSTÖRENDEN DROGENSUCHT SEIN.»

Wie wirkt Cannabis allgemein und insbesondere bei Jugendlichen?

Heute enthalten Cannabisprodukte durch gezielte Züchtungen bis zu 15 Mal mehr THC als



etwa noch 1960. Vor allem bei Jugendlichen kann regelmässiger Cannabiskonsum die allgemeine Entwicklung nachhaltig gefährden. Der Wirkstoff THC bindet sich an Rezeptoren («Andockstellen») verschiedener Gehirnstrukturen, welche die Wahrnehmungsprozesse, das Gedächtnis, die Gemütsverfassung und die höheren intellektuellen und Bewegungsfunktionen steuern. Dies ist ein wichtiger Grund für die oft auftauchende Konzentrationsschwierigkeit, Antriebslosigkeit und Gleichgültigkeit und kann weitreichende Folgen für die weitere Entwicklung der Jugendlichen haben, wie Schulschwierigkeiten, Lehrabbruch usw. Die gleichen Rezeptoren gibt es auch im Immunsystem, am Herz, in der Lunge, in hormonproduzierenden und in den Fortpflanzungsorganen. Cannabiskonsum enthält im Vergleich zu Tabakrauch zudem ein Mehrfaches an krebserregenden Substanzen. Auch wird die Suchtpotenz von Cannabis massiv unterschätzt. Sie ist ähnlich hoch wie beim Alkohol und liegt bei Jugendlichen zwischen 10 und 15 %.

Weshalb wehren Sie sich gegen eine Liberalisierung?

Die Legalisierung von Cannabis setzt für Eltern und Kinder ein falsches, verantwortungsloses Signal. Sie verunmöglicht eine glaubwürdige Prävention. Gleichzeitig untergräbt sie die erzieherischen Bemühungen von Eltern, Lehrpersonen und Lehrmeistern. Der Konsum mit all seinen Folgen würde noch mehr zunehmen. Dies zeigt eine breit angelegte Marktstudie aus den USA.

Zur Person

Verena Herzog, 62, verheiratet, 3 erwachsene Kinder; Nationalrätin, Geschäftsfrau (diplomiert Kindergärtnerin); Hobbys: Garten, Biken, Wandern, Skifahren, Musik

Kiffen mit viel CBD und einem THC-Gehalt unter 1% boomt. In einer Motion verlangen Sie die Senkung auf 0,2%. Ihre Begründung?

Weil es so cool scheint, werden noch mehr Jugendliche durch CBD-Zigaretten zum Einstieg in die klassische Nikotin- oder Cannabissucht verleitet. Diese Vermutung teilt auch «Sucht Schweiz». Auch hier laufen wir Gefahr einer Verharmlosung. Meistens bleibt es ja nicht beim Konsum einer einzelnen Zigarette. Mit dem Genuss mehrerer CBD-Zigaretten nimmt die Konzentrationsfähigkeit ab. Deshalb gibt es Nulltoleranz im motorisierten Verkehr und in der Armee. In unseren Nachbarländern liegt die Grenze auch bei 0,2 oder 0,3%.

Im Parlament gibt es Vorstösse für einen «Experimentier»-Artikel. Worum geht es?

Obwohl unser Betäubungsmittelgesetz dies nicht zulässt, wollen die Motionäre sogenannte «wissenschaftliche Studien» zur Erprobung «innovativer Regulierungsansätze» zum «gesellschaftlichen Umgang mit Cannabiskonsum» einführen und fordern einen neu zu schaffenden «Experimentierartikel». Die Wissenschaftlichkeit wird jedoch durch die Anlage der Studie, bei der sich die Teilnehmer beispielsweise freiwillig melden können, nicht erfüllt und ist ganz einfach ein Schleichweg, um durch das Hintertürchen die Cannabislegalisierung voranzutreiben. Damit wird versucht, den Souverän zu umgehen, der 2008 mit 63% Nein die Legalisierung von Cannabis abgelehnt hatte.

Trifft das Argument zu, mit einer Legalisierung könne die «Drogen-Mafia» ausgeschaltet werden?

Die Drogenhändler werden sich vermehrt auf Kinder und Jugendliche konzentrieren (da der Konsum erst ab 18 Jahren legalisiert werden soll) und die «Mafia» wird andere rauscherzeugende Produkte beliebt machen. Die Geldgier kennt keine Grenzen. Die Erfahrungen in einigen Bundesstaaten der USA sprechen eine klare Sprache: Durch die Regulierung von Cannabis wurde der Konsum kurzfristig gesenkt, dann ging das florierende Geschäft munter weiter (dpa 24.03.2017) und wird auf verschiedene Arten ausgedehnt. Bereits gingen internationale Cannabisproduktionsfirmen an die Börse.

Wie sieht nachhaltige Prävention aus?

Entscheidend sind das Vorbild der Eltern und

eine Erziehung mit verlässlichen Leitplanken, bei der das Selbstwertgefühl und Körperbewusstsein der Kinder gestärkt werden. Wer schlecht mit Emotionen und Stress umgehen kann, hat ein grösseres Risiko, Kummer mit Suchtmitteln zu überdecken. Echter Jugendschutz ist zudem ernsthafte, nicht beschönigende, sondern der Realität entsprechende Information. Gespräche mit ehemaligen Süchtigen sind heilsam, etwa an Infoveranstaltungen der Schulen. Beste Prävention ist die Pflege von christlichen Werten in der Familie sowie sinnvolle Freizeitbeschäftigungen wie Sport und Musik, die den Kindern Freude und Ansporn zu Leistungen vermitteln.

«BESTE PRÄVENTION SIND SINNVOLLE FREIZEITBESCHÄFTIGUNGEN, DIE FREUDE UND ANSPORN ZU LEISTUNGEN VERMITTELN.»

«Jugend ohne Drogen» rät von Cannabisprodukten im medizinischen Bereich ab. Warum?

Wir haben keine Einwände gegen die dem Gesetz entsprechende Verwendung von Medikamenten aus Cannabisextrakten unter ärztlicher Kontrolle, vor allem auch in der Schmerztherapie. «Medizinisches Cannabis» gibt es jedoch nicht. Einzelfallberichte, Selbsterfahrungsberichte und klinische Studien an (zu kleinen!) Patientengruppen mit Cannabiskonsum im Sinne einer «medizinischen Anwendung» können keine schlüssigen Beweise für die Wirkung von Cannabis auf ein bestimmtes Leiden erbringen. Sie sollten deshalb auch nicht zur weiteren Verbreitung und Verharmlosung des Cannabiskonsums verwendet werden.

Die «weltweiten Standard-Anforderungen» für die Zulassung eines Präparats als Medikament sind hoch und basieren im Wesentlichen auf «Qualität», «Sicherheit» und «Wirksamkeit». Somit erfüllt individuelles Verspeisen und Rauchen von Cannabisbestandteilen diese Anforderungen nicht.

Vielen Dank für dieses Gespräch!



KANTON ZÜRICH

Ein Gebot von zehn



Fabian Winiger
Präsident Bezirk Hinwil, Rüti

Vor einigen Tagen hatten wir ein Gespräch mit einem Ehepaar. Sie betonten, dass sie auch Christen seien, aber natürlich auch vom Buddhismus angetan und auch sonst sehr tolerant gegenüber anderen Religionen. Ihr Christsein äussere sich darin, dass sie sich an die zehn Gebote hielten, da diese gut seien. Solche Gebote gäbe es ja in allen Religionen und so könne man ein gutes Leben führen – ein guter Mensch sein.

Wir erwiderten, dass die Einhaltung der zehn Gebote gar nicht so einfach sei, und wir Menschen deshalb auf die Gnade Christi angewiesen seien. Wir nannten als Beispiel das erste Gebot:

**ICH BIN DER HERR DEIN
GOTT. DU SOLLST KEINE AN-
DEREN GÖTTER NEBEN MIR
HABEN. BETE SIE NICHT AN
UND DIENE IHNEN NICHT!**

aus 2. Mose 20,1-5

Das war das Ende des Gesprächs, verbunden mit der Aussage, dass sie die zehn Gebote, die eben noch gelobt wurden, eigentlich gar nicht kennen würden und dass es bei solchen Aussagen bei ihnen «aufhöre». So schnell kann es gehen. So viel Kraft steckt in Gottes Wort.

Keinem anderen Gott dienen, weder Macht, Geld noch Ansehen, nein nur IHM allein, ist eine grosse Herausforderung. Gerade als Politiker kann uns das erste Gebot aber befreien von eigenen und fremden Erwartungen! •

Abstimmung

10.6.

Zweimal Ja

Die Delegierten der EDU befürworten die Änderung des Steuergesetzes und die Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Über beide kantonalen Vorlagen wird am 10. Juni abgestimmt.

Ja zum Steuergesetz: Gleiches Recht für Zürcher Firmen

Ausserkantonale Firmen können Grundstückgewinne, die sie im Kanton Zürich erwirtschaften, mit Geschäftsverlusten verrechnen. Zürcher Firmen hingegen ist das bisher untersagt. Diese Ungleichheit soll beseitigt werden.

Die EDU ist einstimmig dafür, dass die Ungleichbehandlung bei der Verrechnung von Geschäftsverlusten mit Grundstückgewinnen aufgehoben wird. Damit werden Zürcher Firmen gleich behandelt wie ausserkantonale.

Diese Gesetzesänderung ist klar KMU-freundlich und stärkt den Mittelstand.

Ja zum Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr

Die EDU unterstützt die weitsichtige Finanzplanung der Kantonsratsmehrheit und spricht sich für eine Reduktion der Einlagen in den Verkehrsfonds aus. Statt jährlich 70 sollen es neu 55 Millionen Franken sein. Der nötige Ausbau des ÖVs wird durch diese Sparmassnahme nicht infrage gestellt. Dafür hilft diese Massnahme, dass der mittelfristige Ausgleich der Erfolgsrechnung 2013-2020 erreicht wird. •

Hausbesetzungen nehmen zu



Alleine 2015 und 2016 gingen 288 Reklamationen wegen der Besetzung des Koch-Areals ein.

Hausbesetzungen und rechtsfreie Räume werden in der Stadt Zürich und auch andernorts immer wieder toleriert.



Peter Häni
EDU-Kantonsrat, Bauma

Bestes Beispiel ist das Koch-Areal in Albisrieden. Seit Jahren sorgt der rechtsfreie Raum, der von der Stadt Zürich geduldet wird, für unhaltbare Zustände im Quartier. Im Jahr 2015 sind laut der Stadtpolizei 117 Reklamationen wegen massiver Lärmimmissionen eingegangen, im Jahr 2016 waren es bereits 171 Reklamationen: 137 Meldungen gingen telefonisch bei der Stadtpolizei und 34 Anzeigen schriftlich beim Stadtrichteramt ein. Eine Aussage von Stadtrat und Polizeivorstand Richard Wolff gibt zu denken. Er sagte im «Landboten» vom 18. September 2013: «Wir brauchen einen unaufgeregten Umgang mit Hausbesetzungen.» Auch finanziell sollen Hausbesetzer für Schäden nicht zur Kasse gebeten werden. Klar, denn wie sich später herausstellte, waren seine Söhne bei den Hausbesetzungen mit von der Partie.

Zu diesem Thema sind im September 2016 eine Motion und am April 2018 eine Parlamentarische

Initiative eingereicht worden. Bei beiden Vorstössen legen die Initianten eine Frist fest, bis wann eine Liegenschaft nach der Anzeige geräumt sein muss. Zuerst war die Rede von 48 Stunden was allerdings unrealistisch ist und nun liegt die Forderung bei 72 Stunden.

Für uns von der EDU ist klar: es muss gehandelt werden.

Es kann nicht sein, dass rechtsfreie Räume geduldet werden und Schadenverursacher nicht zur Kasse gebeten werden. Für uns müssen Liegenschaftsbesitzer ernstgenommen und ihre Immobilien geschützt werden.

Die EDU-Fraktion wollte sich erst ein klares Bild über die Situation verschaffen und sich eine Meinung über die Forderungen der beiden Vorstösse bilden. Darum lud sie den Sicherheitschef der Kantonspolizei Bruno Keller, der auch Stellvertretender Kommandant der Kapo ist, zu einer Fraktionssitzung ein.

Für die EDU-Fraktion muss die Sicherheit der Einsatzkräfte und der von der Räumung betroffenen Personen gewährleistet sein. So konnten wir uns durch die neu gewonnenen Erkenntnisse und nach eingehender Diskussion für den zweiten Vorstoss entscheiden, der eine Frist von 72 Stunden vorsieht. •



Stopp Extasia!

Die Sexmesse Extasia fand Ende April leider wieder in der Messe Zürich statt.



Hans Egli

EDU-Kantonsrat und Parteipräsident, Steinmaur

Letztes Jahr protestierte die EDU mit einer medial beachteten Flyeraktion gegen Entwürdigung, Menschenhandel und Sklaverei. Nun fordern wir den Regierungsrat auf, Sexmessen in staatlichen Liegenschaften zu verbieten. Diese Werbeveranstaltung der Sex- und Pornoindustrie propagiert einen völlig unwürdigen Umgang mit der Sexualität. Sie propagiert eine Gesinnung, welche das Sexgewerbe und den Menschenhandel fördert, insbesondere die Erniedrigung und Entwürdigung von Menschen zum reinen Objekt der Lustbefriedigung.

Die öffentliche Hand besitzt 49 Prozent der Aktien an der Messe Schweiz AG. Ebenso stellt die öffentliche Hand die Mehrheit des elfköpfigen Verwaltungsrates. Darum stellt die EDU dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Warum wird mit Hilfe der Regierung in öffentlichen Bauten der Propagierung von respektloser, gewaltfördernder und degradierender Sexualität eine Plattform zur gegeben?
2. Wenn die öffentliche Hand 49 Prozent der Aktien hält, kann sie auch auf die Geschäftstätigkeit Einfluss nehmen. Mit ihrem Tolerieren dieser Sexmesse legitimiert die Regierung ein derart menschenverachtendes Geschäft und beteiligt sich zudem noch am Gewinn. Wir bitten den Regierungsrat um Stellungnahme zu diesem Sachverhalt.



Nein zu Entwürdigung und Sklaverei

3. Warum erachtet die Regierung den Verkauf von kindlichen Sexpuppen nicht als Förderung von perversen, pädophilen Sexfantasien?
4. Warum verbietet der Regierungsrat nicht Sexmessen in öffentlichen Liegenschaften, vor allem, wenn die öffentliche Hand im Verwaltungsrat die Mehrheit der Verwaltungsmandate innehat?
5. Wie schätzt die Regierung die Gefahr ein, dass die an der Sexmesse Extasia geförderten perversen, pädophilen Sexfantasien in die Realität umgesetzt und ausgelebt werden?
6. Wirkt es nicht wie ein Hohn? Einerseits erzieht die Volksschule laut Gesetz Kinder und Jugendliche zu einem Verhalten, «das sich an christlichen, humanistischen und demokratischen Wertvorstellungen orientiert». Andererseits ermöglicht der Regierungsrat Sexmessen wie die Extasia. Was dort propagiert wird, ist weder christlich noch humanistisch. •



Einladung zum Znüni

Treffen Sie die EDU Kantonsräte montags von 9:50 bis 10:20 Uhr im «Zunfthaus zur Hae». Anschliessend besteht die Möglichkeit, Einblick in den Ratsbetrieb zu erhalten.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

Kontaktieren Sie den EDU-Fraktionspräsidenten: Erich Vontobel
079 459 90 61 evontobel@bluewin.ch

Strafgesetz verhindert Verwahrung



Symbolbild: Strafanstalt Lenzburg

Der Volkswille in der Verfassung wird bei der Verwahrung nicht respektiert. So wird der Vierfachmörder von Rapperswil nicht lebenslänglich verwahrt, obwohl eine Volksmehrheit die Verwahrungsmassnahme angenommen hat.



Maria Rita Marty
EDU-Kantonsrätin, Gutenswil

Die Verwahrung ist eine Massnahme, welche nicht die Bestrafung des Täters bezweckt, sondern aufgrund der Gefährlichkeit des Täters

dessen Aussonderung von der Gesellschaft zum Ziel hat bzw. haben sollte. In der Volksabstimmung vom 8. Februar 2004 wurde die Verwahrungsmassnahme angenommen. Mit dieser wurde in Art. 123a BV die Verwahrung von extrem gefährlichen und nicht therapierbaren Tätern verankert, wie auch die Haftung der Behörde, welche die angeordnete Verwahrung aufhebt. Der Text der Bundesverfassung wurde jedoch im Gesetz nicht richtig umgesetzt und blieb daher bis heute toter Buchstabe, denn weder wurde die Haftung der Behörde im Strafgesetzbuch verankert, noch wird die lebenslängliche Verwahrung angeordnet. Dies, weil aufgrund des missglückten Gesetzestextes eine «Nichttherapierbarkeit» gutachterlich festgestellt werden muss und kein Gutachter bereit ist, eine lebenslängliche Nichttherapierbarkeit festzustellen.

Volkswille wird krass missachtet

Sogar beim vierfachen Mörder, Schänder, Erpresser, Geiselnnehmer und Pädokriminalen Thomas N. aus Rapperswil konnte sich kein Gutachter dazu überwinden, eine solche zu attestieren. Aber selbst wenn eine Nichttherapierbarkeit attestiert werden würde, ist aufgrund Art. 90 Abs. 2bis des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) eine Umgehung der Verwahrung möglich, da diese auch (man lese und staune!) in der Form des Wohn- und Arbeitsexternats vollzogen werden kann. Eine Verwahrung, ohne dass der Täter effektiv verwahrt wird, unfassbar! Der Volkswille wird in krasser Weise missachtet und die Gesellschaft wird nicht vor derart psychisch kranken Personen geschützt. Ein solches Vorgehen ist unverständlich und unakzeptabel. •

Mein Standpunkt



Erich Vontobel
EDU-Kantonsrat und Fraktionspräsident, Bubikon

«...DENN SIE HATTEN IM KAMPF ZU GOTT UM HILFE GESCHRIEN, UND ER LIESS SICH VON IHNEN ERBITTEN, WEIL SIE AUF IHN VERTRAUT HATTEN.»

Die Bibel berichtet da und dort, was Menschen in herausfordernden Situationen getan haben und was daraus resultierte. Solche Begebenheiten können auch für uns sehr lehrreich sein. Heute würde man von sogenannten Best Practices sprechen, das heisst von Handeln, das sich in der Praxis bewährt hat. Im obigen Vers geht

es um eine kriegerische Auseinandersetzung. Das Erfolgsrezept Israels war, im Vertrauen auf Gott zu kämpfen. Das eine bringt ohne das andere nichts. Ich empfehle, dass auch wir in der EDU nach Kräften das tun, was uns möglich ist und gleichzeitig Gott um Hilfe bitten. Vertrauen auf Gott wird auch uns Segen bringen. •



Christliche Schulen sind eine gute Alternative



Daniela Dettwiler

Sekundarlehrerin

Im Gespräch mit Hans Peter Häring

Weshalb sind christliche Schulen eine Alternative zur Staatsschule?

Die christlichen Schulen sind der verlängerte Arm des Elternhauses, wo christliche Werte gelebt werden, die in unserer heutigen Gesellschaft je länger je mehr fehlen.

Worin sehen Sie die Vorteile christlicher Privatschulen? Gibt es auch Nachteile?

In der «Christlichen Schule Dübendorf» sind die Lehrpersonen selbst Christen, Gottes Wort die Richtschnur in ihren Leben. Das Verhältnis zwischen den Lehrpersonen und den Lernenden ist persönlich, die Schulatmosphäre offen und herzlich. Am Anfang jedes Schultages steht eine kurze Andacht und Gebet, so bekommen die Bibel und das Reden mit Gott ganz selbstverständlich einen Platz im Alltag.

Die Eltern sollen sich an der Schule einbringen. Wer sein Kind an unsere Schule schickt, verpflichtet sich, beim Reinigen der Räumlichkeiten und, wenn möglich, in der Mittagsaufsicht mitzuhelfen. Dies hilft Kosten zu sparen und verbindet mit der Schule. Ausserdem werden so Kontakte mit den übrigen Schülern und Eltern gepflegt. Ein Nachteil ist sicher, dass wir von der öffentlichen Hand nicht unterstützt werden und deshalb Schulgelder verlangen müssen.

Wie wird diese Schule finanziert?

Gut die Hälfte der Kosten wird durch die Schulgelder gedeckt, die pro Kind theoretisch 1560 Franken ausmachen. Da viele Familien dies nicht aufbringen können, wird im Einzelfall ausgehandelt, wieviel bezahlt werden kann. Es gibt auch Eltern, die «Göttis» organisieren, welche in den Oberstufenjahren finanziell unterstützen. Um die Schulgelder möglichst gering zu halten, bekommen unsere Lehrpersonen nicht dieselben Löhne, wie sie an der öffentlichen Schule üblich sind.

Daniela Dettwiler, Jahrgang 1962, verheiratet. Historikerin und Sekundarlehrerin; seit dreizehn Jahren unterrichtet sie an der «Christlichen Schule Dübendorf». Mutter von sechs Kindern im Alter von 22 bis 28 Jahren, die alle die Christliche Schule Dietikon und Dübendorf besuchten.

Knapp die Hälfte der Ausgaben übernehmen Spender. Wir sind sehr dankbar dafür, dass es Menschen gibt, die ein Anliegen für christliche Schulen haben und bereit sind, dafür zu spenden. Mehrfach durften wir erfahren, wie der Herr eingegriffen und Herzen von Menschen bewegt hat zu geben, was nötig war.

Welches sind die Voraussetzungen, damit ein Kind Ihre Schule besuchen kann?

Grundsätzlich kann jedes schulpflichtige Kind unsere Schule besuchen, wenn seine Eltern bereit sind, sich einzubringen, das Kind an den Andachten teilnehmen darf und sie das Schulkonzept befürworten.

Erfreulicherweise hatten wir auch schon Kinder anderer Religionszugehörigkeit an unserer Schule. Wir nutzen solche Gelegenheiten durch die Qualität unserer Schule ein Zeugnis für Jesus Christus zu sein.

Wie kann man Ihre Schule unterstützen?

In erster Linie ist unser Problem derzeit, dass wir zu wenig Schüler haben. Wir bräuchten unbedingt mehr Anmeldungen. Da die Schulgelder die Ausgaben der Schule nur teilweise decken, braucht es auch immer wieder Menschen, die ein Anliegen für christliche Schulen haben und sie finanziell mittragen, selbst wenn sie keine eigenen Kinder an der Schule haben. Ganz wichtig ist auch das Gebet. Das ist eine Aufgabe, die jedermann wahrnehmen kann. •

Es wird enger



Thomas Lamprecht

EDU-Kantonsrat und Wahlkampfleiter, Bassersdorf

Die Wahlen in die kommunalen Parlamente des Kantons Zürich haben eine fast flächen-deckende Trendwende nach links ergeben. Der Paukenschlag vom 4. März mit der Abstrafung der SVP in Zürich, Winterthur und im Limmattal und dem Wählerschwund der EDU in Winterthur fand im April in weiteren Städten seinen Nachhall.

Links legt zu

Der Aufstieg der SVP ging in den letzten zwanzig Jahren zu einem grossen Teil auf Kosten des Freisinns. Nun konnte die FDP zwar etwas zulegen, aber die Verluste der SVP

damit bei weitem nicht ausgleichen. Auf der linken Seite gewannen, was bis anhin kaum je der Fall war, die SP und die Grünen gleichzeitig. Zusätzlich konsolidierten sich in der Mitte die Grünliberalen, auch dank der Wahl mehrerer ihrer Vertreter in eine Exekutive. Ins Bild passt weiter, dass die EVP, die seit einiger Zeit im Kantonsrat verstärkt mit der Linken stimmt, ebenfalls leicht zulegte. Fazit: In den Grossestädten hat das linke Lager seine relative Vormachtstellung ausgebaut, das Land bleibt bürgerlich dominiert.

Was heisst dies für die EDU?

In einem zunehmend säkularen Umfeld schwinden unsere potentiellen Wähler. Auch scheint es schwieriger, die Kirchengänger zu erreichen. Denn etliche lassen sich vom Materialismus oder vom Sozialismus einnehmen. Will heissen, sie sind dafür, dass mehr Geld (Steuergeld) verteilt wird. So soll jeder am Wohlstand teilhaben können. Aber die staatlich verordnete Verteilung des Kapitals gibt dem sozial Schwachen keine Würde. Diese entsteht durch Stärkung der Schwachen, indem sie befähigt werden, Eigenverantwortung zu übernehmen. Diese Persönlichkeitsentwicklung sollte gerade von den Kirchen gefördert werden. Denn Eigenverantwortung ist grundlegend für das christliche Menschenbild. Somit sind unsere potentiellen Wähler diejenigen, welche es wagen die Lebensgestaltung in ihre Hand zu nehmen, die es wagen mit Gott etwas zu unternehmen. •

MEIN AUFSTELLER

Fürbitte ohne Unterlass



Conny Brizza

EDU-Gemeinderätin, Bülach

Vor kurzem war ich auf dem Ölberg, wo Jesus vor den Augen der Jünger in den Himmel aufgefahren war. Sichtbar wird er dort wieder zurückkommen. Trotz dieser wunderbaren Hoffnung sieht es nicht gerade harmonisch aus auf diesem Berg. Viele Taxifahrer fahren nicht auf den Ölberg, weil es zu gefährlich ist. Es gibt auch keine Buslinie. Unser Ziel, das Gebetshaus für alle Nationen auf dem Gipfel, mussten wir über eine Treppe erklimmen. Auf dem Dach lobten wir Gott eine Stunde lang.

Wirklich sehr berührend, wie in diesem Haus jeden Tag für alle Nationen gebetet wird. Nach jeder Stunde wechselt die Ländergruppe, für die Fürbitte geleistet wird. Ganz nach dem Motto: «Lasst IHM keine Ruhe, bis ER Jerusalem wieder aufrichte und es setze zum Lobpreis auf Erden» Jesaja 62,7. Beharrlich bete ich für: Nation, Kanton, Stadt, Partei. Ich bin motiviert, IHM keine Ruhe zu gönnen. Der Allmächtige Israels segne euch! •



3 Fragen an 3 EDU-Gemeinderäte

Kürzlich wurden Bruno Zürcher, Roger Cadonau und Urs Gerber in ihren Ämtern als Gemeinderäte bestätigt. Saya Oechslin stellte ihnen drei Fragen:

- 1. Worauf führst Du Deinen Wahlerfolg zurück?**
- 2. Was ist Dein Herzensprojekt für die neue Legislatur?**
- 3. Was wünschst Du Dir von Gott?**



Bruno Zürcher, Wädenswil

1. Was genau zum Wahlerfolg beigetragen hat, ist schwer zu beurteilen. Ich glaube daran, dass mein Bekenntnis zu Jesus Christus ein wesentlicher Faktor ist. In der Bibel lesen wir, dass die staatliche Behörde von Gott eingesetzt ist (Römer 13,1) und dass wir uns zu Jesus bekennen sollen (Matthäus 10,32).

2. Zusammen mit der EVP hat die EDU eine Interpellation betreffend Digitalisierung in der Primarschule eingereicht. Ich wünsche mir zur Einführung des Lehrplan 21, dass dessen Gefahren erkannt werden und die negativen Auswirkungen auf Sicherheit, Cybermobbing, Suchtgefahren etc. durch geeignete Massnahmen vermieden werden können.

3. Mein Wunsch an Gott ist, dass Er mich weiterhin leitet. Die Themen in der Politik sind manchmal schwer nach Gottes Massstäben zu beurteilen. Ein Vorstoss kann sich im ersten Moment gut anfühlen, doch genauer betrachtet steht ein falscher Geist dahinter. Um die Wahrheit zu erkennen brauche ich Gottes Führung ganz besonders.



Roger Cadonau, Wetzikon

1. Wir konnten unsere Freunde und Stammwähler der EDU aktivieren und motivieren. Im Weiteren half es, dass die drei Spitzenkandidaten in der Stadt bekannt sind und so zusätzliche Stimmen gewonnen wurden. Unser Stimmanteil konnte darum gut gehalten werden.

2. Ich wünsche mir, dass wir wiederum ein gutes Miteinander im Parlament haben werden, wo Achtung und Wertschätzung der Person über der Sache steht. Es geht um das Wohl unserer Stadt und nicht um persönliche Interessen.

3. Ich wünsche mir Weisheit und Klarheit im Umgang mit Sachgeschäften, Inspiration, wo Vorstösse Gottes Willen entsprechen und Ihm wichtig sind und es sich darum lohnt zu investieren.



Urs Gerber, Wetzikon

1. Durch gute Mitarbeit in den ständigen Kommissionen des Parlaments haben wir Spuren in der Stadt hinterlassen und wurden meist positiv wahrgenommen.

2. Für die Parlamentsarbeit hoffe ich, dass wir im Bereich Familienpolitik ein Zeichen setzen können. Parteiintern (EDU-Wetzikon) wäre es ein riesiges Geschenk, wenn wir einige Junge für die Anliegen der Stadt Wetzikon gewinnen könnten.

3. Ich wünsche mir: Weisheit, um meine Kräfte bestmöglichst einzusetzen. Gelassenheit im Umgang mit anderen Meinungen und persönlichen Angriffen. Eine Sicht für Gottes Anliegen in Wetzikon und deren politische Umsetzung •



HERZLICHE GRATULATION

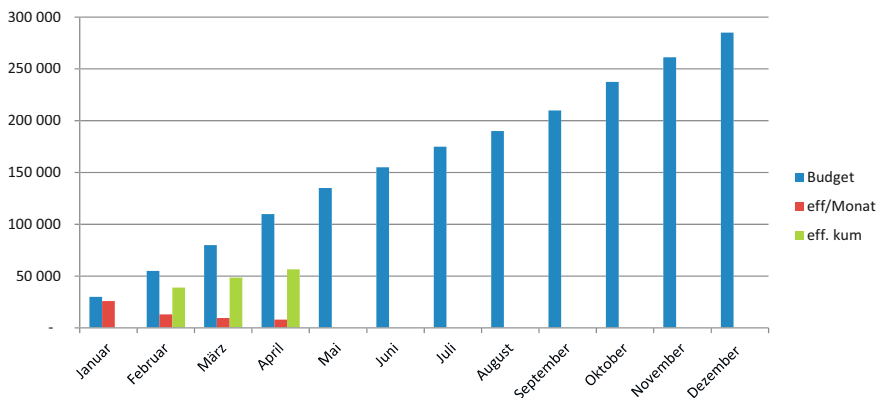
Die EDU Kanton Zürich gratuliert den Mitgliedern, die im Juni 2018 einen runden Geburtstag feiern, mit folgender Verheissung:

**SELBST IN DER FINSTERNIS WIRD ES FÜR DEN
GOTTESFÜRCHTIGEN HELL. PS 113,4**

**Christian Rechsteiner, Wiesendangen
Ruth Schweiker, Nürensdorf
Cécile Greuter-Caduff, Uster
Mirjam Egli-Dürsteler, Winterthur
Esther Buess, Hombrechtikon**

Finanzen

Vielen Dank für Ihre Unterstützung Spendenbarometer 2018



Anzeige

**Suche eine 1- oder 2-Zimmerwohnung
an grüner und ruhiger Lage.
Mietpreis 500-1100 Franken.
Kontaktieren Sie mich unter:
043 299 07 11, 076 544 09 88**

Agenda

Gebetstreffen

Effretikon: Mittwoch, 6. Juni 2018 um 20 Uhr, FEG Effretikon, Vogelsangstr. 9 8307 Effretikon
Info: Peter Häni, 079 388 46 01
peanha@bluewin.ch

Gossau: jeden Mittwoch, 19.30 Uhr (auch andere Abende möglich, ausser Montag) Im Zentrum 12, 8625 Gossau
Info: Sven u. Erika Schelling, 043 928 01 57

Männedorf: jeweils am Mittwoch von 9-10 Uhr in den geraden Kalenderwochen: 13. und 27. Juni
Luegislandstr. 27, 8708 Männedorf
Info: Margrit Vetter, 044 920 45 43

Richterswil: jeweils am 2. Freitag des Monats um 20 Uhr: 8. Juni, 13. Juli
Glärnischstr. 6, 8805 Richterswil
Info: Sonja Denzler, 044 784 30 23

Rüti: jeweils am 1. Montag des Monats um 20 Uhr: 4. Juni, 2. Juli
Begegnungszentrum Tann-Rüti (Jugend-Räume), Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti. Interessiert? Mail-Adresse an: sekretariat-rueti-duernten@edu-zh.ch
Info: Albin Müller, 078 773 61 63

Bülach: jeweils am 2. und 4. Montag des Monats um 20 Uhr: 11. und 25. Juni
Gemeinde für Christus (GfC), UG, Schaffhauserstr. 4, 8180 Bülach
Info: Marianne Wäfler, 044 856 01 93

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch des Monats von 18.30-19 Uhr: 13. Juni
Raum der Stille, Cevi-Zentrum Glockenhof, Sihlstr. 33, Zürich
Info: Achim Witzig, 044 322 61 46

EDU UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Impressum

Sekretariat EDU Kanton Zürich
Bürglistrasse 31, Postfach 248
8408 Winterthur
info@edu-zh.ch

Spendenkonto
IBAN CH35 0900 0000 8003 7173 6
Postkonto: 80-37173-6

Kantonale Redaktion
Daniel Suter, Saya Oechslin

Gestaltung
Lukas Frey

Bilder:
S. 2 = www.limmattalerzeitung
S. 4 = wikimwdia/voyager

Herzlichen Dank für Ihre Spende

Allgemeine Spenden werden zwischen der EDU Schweiz und der EDU Kanton Zürich aufgeteilt. Projekte der EDU Zürich unterstützen Sie direkt über das Postkonto 80-37173-6. Ihre Spenden an die EDU sind vom steuerbaren Einkommen abzugsberechtigt; Ehepaare bis Fr. 20'000, alle anderen bis Fr. 10'000. Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie im Februar des Folgejahres. Haben Sie Fragen? Kontaktieren Sie den Kassier der EDU Kanton Zürich, Martin Lobsiger: 044 860 06 33; martin.lobsiger@edu-zh.ch.

Schützt der Staat die Falschen?

Die Bundesverfassung garantiert die Meinungsfreiheit. Doch wie steht es mit der Toleranz anderen Meinungen gegenüber? Freiheitsrechte scheinen zunehmend selektiv zu gelten.



Daniel Suter, Theologe/Geschäftsführer EDU
Kanton Zürich

Die Meinungsfreiheit ist für die Lautstarken, die Gewaltbereiten, die Zeitgeistkonformen gewährleistet – nicht aber für die andern. Ich habe mich tüchtig geärgert, als der Marsch fürs Läbe wegen Drohungen von linken Chaoten letztes Jahr nicht erlaubt wurde. Das kommt einer Ansage des Staates gleich, die in Artikel 16 unserer Verfassung garantierte Meinungsfreiheit nicht zu schützen. Sie scheint nur noch selektiv zu gelten: nicht für alle, nicht immer und nicht überall.

Der Staat hat die Meinungsfreiheit gegen Gewaltbereite nicht durchgesetzt. Gerade gegenüber bekennenden Christen kann es sich der Staat offensichtlich leisten, Grundrechte auszusetzen. Denn Christen protestieren gegen solches Staatsversagen weder laut noch gewalttätig auf der Strasse. Schützt der Staat in solchen Fällen nicht die Falschen?

Behertzter römischer Kommandant

Ganz anders verhielt sich ein römischer Kommandant in Jerusalem, als der Apostel Paulus von gewalttätigen Chaoten angegriffen wurde. Wie Apostelgeschichte 21 und 22 berichtet, rettete der Kommandant Paulus mehrmals aus den Händen eines gewalttätigen Mobs und gewährte ihm, seine Meinung unter staatlichem Schutz öffentlich zu sagen:

Einige Aufwiegler entfachten mit falschen Anschuldigungen eine Hetzjagd auf den Apostel. Die Menschen liefen zusammen, ergriffen Paulus und waren nahe daran, ihn umzubringen. Der Kommandant des römischen Regiments wurde alarmiert. Mit einem Trupp Soldaten lief er sofort zum Tempelplatz und befahl, Paulus in die Festung zu führen. Auf den Treppenstufen dorthin mussten die Soldaten Paulus tragen, um ihn vor der wütenden Menge zu schützen. Als

man Paulus gerade in die Festung bringen wollte, bat er den Kommandanten um Erlaubnis, zu den Leuten zu reden. Eine Zeitlang hörten sie ihn ruhig an. Doch dann begannen sie erneut zu schreien und zu toben. Daraufhin liess der Kommandant Paulus in die Festung bringen.

Der Rechtsstaat kuscht

Warum ist unser Rechtsstaat nicht ähnlich willens, die Meinungsfreiheit gegen gewaltbereite Schreihälse durchzusetzen? Wenn wir die Meinungsfreiheit nicht weiter eingeschränkt sehen wollen, müssen wir sie einfordern, indem wir sie viel mehr nutzen. Rücksicht auf «politische Korrektheit» darf nicht länger zur Selbstzensur führen.

Wir sollten uns an den Empfehlungen des Apostels Paulus an seinen zurückhaltenden Mitarbeiter Timotheus orientieren: «Verkünde den Menschen Gottes Botschaft. Setz dich dafür ein, ob es den Leuten passt oder nicht! Rede ihnen ins Gewissen, weise sie zurecht, aber ermutige sie auch. Tu all das geduldig und so, wie es der Lehre unseres Glaubens entspricht. Bleibe wachsam und besonnen, was auch immer geschieht! Sei bereit, für Christus zu leiden (vgl. 2. Timotheus 4).

EDU-Politiker wie auch der «EDU-Standpunkt» bemühen sich, diesem Anspruch gerecht zu werden. Ich wünsche uns allen mehr besonnene Unerschrockenheit. •

BV: Art. 16 Meinungs- und Informationsfreiheit

- 1 Die Meinungs- und Informationsfreiheit ist gewährleistet.
- 2 Jede Person hat das Recht, ihre Meinung frei zu bilden und sie ungehindert zu äussern und zu verbreiten.
- 3 Jede Person hat das Recht, Informationen frei zu empfangen, aus allgemein zugänglichen Quellen zu beschaffen und zu verbreiten.



Warum wollen plötzlich alle heiraten?

«Die Ehe ist ein überholtes Konstrukt», proklamierten die Juso im Jahr 2015. Warum aber fordern auch sie die «Ehe für alle»? Und was ist der Auftrag von bekennenden Christen bezüglich der Ehe?



David Gysel, Theologe,
Mitarbeiter EDU Schweiz

Im erwähnten Positionspapier der Jungsozialisten (Juso) heisst es: «Die Ehe ist ein überholtes Konstrukt, das wir auf lange Frist ablehnen. Sofortige Schritte müssen jedoch sein, dass die Ehe geöffnet wird für alle Paare aller Geschlechter und Konstellationen.» Die Ehe ist für (Jung-)Sozialisten grundsätzlich ein Teil der bürgerlichen Gesellschaft, die es im Sinne des Klassenkampfes zu überwinden gibt. Leichtfertig setzen sich aber auch immer mehr bürgerliche Politiker für die «Ehe für alle» oder gleich schon für die Abschaffung der Ehe ein. Warum eigentlich?

Der neue Masstab

«Wenn sich diese Personen lieben ...»: Dies ist der entwaffnende Satz zur rechtlichen Anerkennung jeglicher Beziehungsformen. Weder Gott noch Mensch kann doch gegen Liebe sein! Das selbst definierte Glücksgefühl wird als Mass aller Dinge erachtet. Nicht mehr die na-

türlichen Gegebenheiten, sondern das momentane Befinden einer Person wird zum Massstab für die Gesetzgebung erhoben. Und dies bei Beginn, während und zur Auflösung jeder Beziehung. Dabei wird weder göttlichen Geboten noch einer nüchternen gesellschaftlichen Analyse Platz eingeräumt. Immer mehr Menschen und Organisationen ordnen ihre Gesellschafts- und Familienpolitik diesen Prinzipien unter.

Ungehörte Argumente

Auch wenn wir plausible Argumente haben, erreichen wir mit ihnen nur sehr wenige Zeitgenossen. Die meisten lässt es kalt, dass die Gewaltrate in gleichgeschlechtlichen Beziehungen viel höher ist als in Beziehungen zwischen Mann und Frau. Da «nützen» auch die zahlreichen Studien aus verschiedensten Ländern als Belege nichts. Sehr viele homosexuell lebende Personen haben gemäss ebenso zahlreichen Studien nebst ihren eigentlichen Partnern laufend wechselnde Sex-Partner. Auch dies wird in der politischen Entscheidungsfindung praktisch totgeschwiegen, obwohl sogar das Bundesamt für Gesundheit diesen Fakt festgestellt hat.

Was Menschen berührt

Weniger kalt lässt es jedoch unsere Mitmenschen, wenn sie selber bei ihren Eltern oder in ihrem nächsten Umfeld Unversöhnlichkeit, Streit, Ehebruch und Trennung erlebt haben. Obwohl wir auch gute Argumente für die Ehe zwischen Mann und Frau formulieren sollten, ist unsere Herausforderung in allererster Linie, in unserem Umfeld das biblische Bild der Ehe vorzuleben, einander in Schwierigkeiten zu tragen und treu zu sein. Wo nötig sollen wir Versöhnung suchen. Und wir sind gefordert, Mitmenschen in ihren Nöten ernst zu nehmen und mit der Liebe Gottes in Berührung zu bringen. •



Sind Ehe und Familie als kleinste Zellen eines funktionierenden Staatswesens wirklich veraltet?

Die Erfolgsgeschichte der Schweiz

Das Bewusstsein um Gott den Allmächtigen, Respekt gegenüber anderen Meinungen, Einsatzwille und Hilfsbereitschaft haben unser kleines Land zu einer bedeutenden Nation gemacht. Ein kleiner geschichtlicher Abriss.



Markus Reichenbach, Ing. FH/Fachlehrer

Seit 1848 waren Regierung und Parlament der Schweiz mehrheitlich in bürgerlicher Hand. Die Schweiz ist wohl das einzige Land der Welt, das nie von Links regiert wurde. Wenn man glaubt, dass die Schweiz eine Erfolgsgeschichte ist, könnte man behaupten, es ist besser, wenn eine bürgerliche Mehrheit ein Land regiert. Umso mehr ist die Frage berechtigt, wieso es nie zu einem Linksrutsch gekommen ist.

Stunde der Bewährung

1918 war sicherlich ein Schlüsselmoment. Das einzige Mal in der Schweiz gab es einen Generalstreik. Vom 12. bis 14. November 1918 gingen 250 000 Menschen auf die Strasse. Arbeiter waren oft rechtlos, der Erste Weltkrieg hatte Inflation und Hunger geschaffen. Viele Menschen versuchten sich über Wasser zu halten, und die bürgerliche Oberschicht liess es sich gutgehen. Die bürgerliche Regierung ging auf die Forderungen ein. Die 48-Stunden-Woche für alle

öffentlichen und privaten Unternehmungen wurde eingeführt, öffentliche Leistungen und die Versorgungslage wurden verbessert. Obwohl das Frauenstimmrecht, die AHV und Invalidenrente noch Jahre warten mussten, hatte die Strasse gewonnen. Oder könnte man sagen, die Schweiz habe gewonnen?

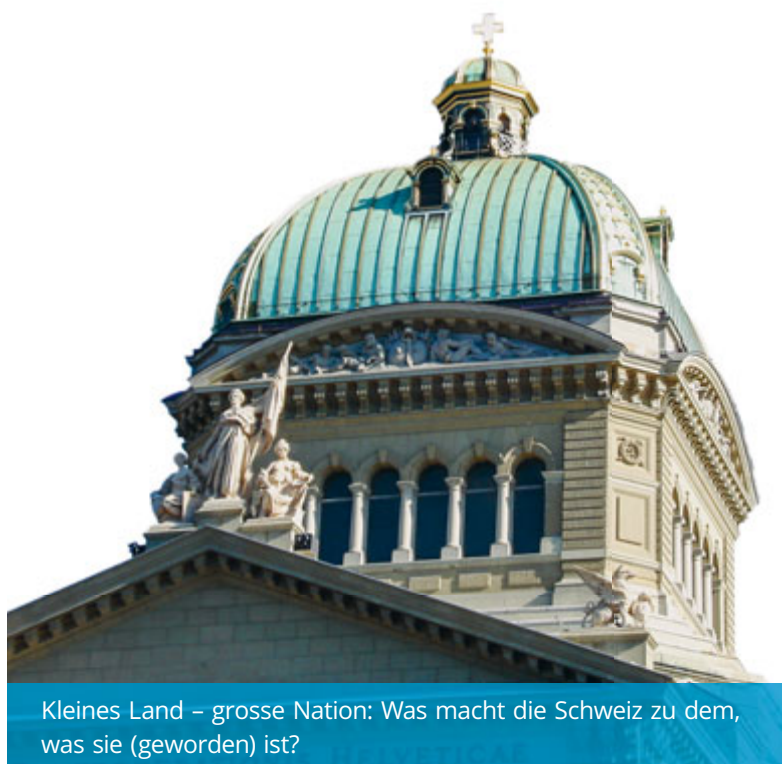
Die Schweizer Regierung setzt sich aus sieben Personen zusammen. Bis 1891 hatten die Liberalen (heute FDP) allein regiert. 1891 kamen die Konservativen (CVP), 1929 die BGB (heute SVP) und 1943 die SP dazu. Der Zweite Weltkrieg hat die Schweiz vereint, und seither regieren Links und Rechts in der Schweiz zusammen, obwohl die Mehrheit immer bürgerlich geblieben ist. Seit 1848 zählt die Schweiz 119 Mitglieder des Bundesrats. Die Schweizer Regierung hat das stärkste Kollegialitätsprinzip der Welt und es scheint besser zu funktionieren als alle anderen Systeme. Die Schweizer glaubten daran, dass ein Miteinander, der politische Konsens, besser ist. Die Frage sei erlaubt, ob das heute noch so ist.

Sozialismus oder Bürgertum?

Die Schweiz ist ein Beweis dafür, dass ein Land in einem Miteinander von Links und Bürgerlich-Rechts am meisten profitiert.

Links orientierte Menschen glauben an den Sozialismus, der jedoch nie funktioniert hat. Die meisten Länder sind durch den Sozialismus in Armut versunken. Jedoch würden wir die AHV, Sozialversicherungen, geregelte Arbeitszeiten oder das Frauenstimmrecht wohl immer noch nicht haben, wenn die Linken die Politik nicht bedrängt hätten.

Seit hundert Jahren hat die Schweiz keinen Generalstreik mehr gesehen, was in Nachbarländern durchaus gang und gäbe ist. Ein Generalstreik lähmt und schwächt die ganze Nation. Das Erfolgsmodell ist wohl im Regierungssystem der Schweiz zu suchen, vor allem in der Kompromiss- und Dialogbereitschaft von Links und Rechts. Für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg eines Landes braucht es beide Seiten. Und vergessen wir nicht die Präambel der Bundesverfassung: «Im Namen Gottes des Allmächtigen!» •



Kleines Land – grosse Nation: Was macht die Schweiz zu dem, was sie (geworden) ist?

klipp & klar

Thomas Feuz

Seminar der EDU Schweiz

«Burnout muss nicht sein! Man kann für eine Sache brennen, auch ohne auszubrennen», ist Hauptreferent Dr. Werner Furrer überzeugt. Er und weitere Referenten geben am 16. Juni Tipps und machen Mut zu einem wertebewussten Engagement. Mehr auf Seite 5!



«800 Jahre Fälschung»

Die «Berner Handfeste» aus dem Jahr 1218 gilt als Verfassung der Bundesstadt. König Friedrich II. sicherte Bern damit eine Stellung direkt unter ihm mit dem Recht auf grosse Eigenständigkeit zu. Bei diesen ungewöhnlich weitreichenden Freiheitsrechten soll es sich jedoch um eine Fälschung handeln. Zwar stammt das Pergament aus der Zeit zwischen 1156 und 1217; die Siegelschnur wurde jedoch erst zwischen 1222 und 1266 gewonnen. Merke: Auch Staatsverträge jüngerer Datums werfen Fragen auf...

Christliche Feiertage abschaffen?

Immer wieder fordern freidenkerische und sozialistische Kreise das Ausradieren der christlichen Spuren aus Kultur und Gesellschaft. Die EDU hielt in einer Medienmitteilung unter anderem fest: «Die grossen Säkularisierungsbewegungen, die Französische Revolution und die kommunistische Revolution führten mit zu den gewaltsamsten und intolerantesten Herrschaften.» Die Spuren christlicher Kultur und christlicher Sozialarbeit auswischen zu wollen, sei kein Akt der Befreiung und dürften nicht durch einen ideologischen und intoleranten Säkularismus ersetzt werden.



Rückblick: Aldi und Ostern

Der Discounter überraschte mit einer Broschüre mit klarem Inhalt: «Zu Ostern feiern Christen auf der ganzen Welt die Auferstehung von Jesus Christus, dem Sohn Gottes. Es ist das wichtigste Fest der christlichen Kirche.» Die Broschüre beschrieb zudem die letzten Tage im Leben von Jesus.

Ausblick: Ostern 2033

Gemeinsam das 2000-Jahr-Jubiläum der Auferstehung feiern: Das ist die Vision von Olivier Fleury (Alphalive Westschweiz, Autor von «Jesus Celebration 2033»). Fleury: «Das gemeinsame Bekenntnis an Ostern 2033 soll der Welt zeigen, dass Jesus gekommen, gestorben und auferstanden ist.» (jc2033.world/de)

Schlachtopfer in Jerusalem

Am 26. März schlachteten Rabbiner am Fuss des Tempelbergs zwei Passah-Lämmer. Arabische und linkspolitische Kreise bezeichneten es als empörend, «dass eine solche extremistische Zeremonie in Nähe der Al-Aksa-Moschee staatlich genehmigt» wurde. (ICEJ/27.3.2018)

Sorgenbarometer

Spitzenplätze der aktuellen Studie der Credit Suisse: Altersvorsorge, Arbeitslosigkeit, Migration/Ausländer, Krankenkassenprämien.

Mit Gott in den Krieg?

Sowohl das Alte als auch das Neue Testament haben als Wort Gottes viel zum Thema Krieg und Frieden zu sagen. Jedoch werden sie oft oberflächlich auf wenige Aspekte reduziert oder als Gegensätze dargestellt. In diesem Buch werden zwei früher schon anderweitig veröffentlichte Texte zusammengeführt. Sie präsentieren eine biblische Gesamtschau und zeigen einen Ausweg aus der Oberflächlichkeit auf.

David Gysel, Redaktor «Impulsion», Theologe

Auf 14 Seiten liefert Herbert H. Klement, emeritierter Professor der STH Basel, knappe Thesen. Diese helfen, den Zusammenhang zwischen Gottes Wesen und den alttestamentlichen Berichten und Prophetenaussagen zu den Themenkreisen Gewalt, Krieg und Frieden zu verstehen.

Ein Thema in zwei Teilen

Der Hauptteil des Buches spricht unsere Entscheidungsfindung und unser Gewissen an. Dabei ging Walther Bienert, ein 1994 verstorbener deutscher Theologe, nicht von politischen Meinungen oder Situationen aus. Er präsentiert vielmehr die grundsätzlichen Aspekte aus dem Neuen Testament. Dieser Teil, 1952 und 1985 bereits zweimal als Buch veröffentlicht, ist deshalb genauso aktuell. Er zeigt die geistliche, individuelle und zwischenstaatliche Dimension der Kriege auf. Vier der abschliessenden 38 Thesen von Bienert sollen hier seine Stossrichtung zusammenfassen:

«Auf Grund des ihnen von Gott geschenkten Friedens sollen die Christen einen Krieg weder wollen noch herbeiführen oder unbekümmert geschehen lassen, vielmehr Frieden unter den Menschen stiften.» – «Der Christ ist zur Kriegsdienstverweigerung berechtigt und verpflichtet, wenn er im Interesse eines Angriffskrieges Kriegsdienste tun soll.» – «Die Entscheidung darüber, ob ein Angriffskrieg oder ein Verteidigungskrieg vorliegt, hat der Christ in seinem eigenen Gewissen zu treffen.» – «Bei unsicherem Gewissen soll der Christ der ihn zum Kriegsdienst zwingenden Obrigkeit gehorchen.»



Das Buch

Walther Bienert: «Krieg, Kriegsdienst und Kriegsdienstverweigerung nach der Botschaft des Neuen Testaments» mit einem Artikel von Herbert H. Klement zum Alten Testament. Januar 2018, 153 Seiten
ISBN 978-3-03890-009-2
www.Estras.net
(zu bestellen über den Buchhandel)

... warum so negativ?

Negatives ist omnipräsent und schleicht sich klammheimlich in unsere Gedanken... Meine Empfehlung: Lasst uns einen anderen Weg einschlagen, negativ besetzte Themen ignorieren und uns mit der anderen Sicht befassen! Das hat auch damit zu tun, gegen den Strom zu schwimmen.

Martin Lex, Bauleiter



Viele Medien präsentieren vor allem negativ besetzte Botschaften. Warum? Weil der Mensch nach Sensationen lechzt. Gespräche drehen sich häufig um Negatives. Gerne spielen wir dann den Moralapostel – «Ja, ja, da sieht man wieder ...» Jesus sagte: «Wer ohne Schuld ist, werfe den ersten Stein.»

Auch die andere Seite sehen (wollen)

Oft kennen wir die Kehrseite der Medaille nicht, weil sie uns nicht präsentiert wurde. Also müssen wir die «Medaille» umdrehen. So können wir das ganze Bild erkennen, werden milde in unserem Urteil und stellen fest: Da wurde uns einiges vorenthalten.

Bevor wir etwas kaufen, prüfen wir Vorteile und Nachteile eines Produkts. Genauso wichtig ist es, sich in einer Angelegenheit «schlau zu machen», um den Überblick zu behalten, um richtige Schlüsse ziehen zu können und Massnahmen zu treffen. Wir wissen ohnehin zu wenig, um uns ein umfassendes Urteil bilden zu können. Oft hilft auch ein ehrliches Eingeständnis: «Davon verstehe ich nichts und es interessiert mich auch nicht.»

Und die Unzufriedenheit?

Diskutieren lässt sich nur mit Leuten, die sich ebenfalls mit einer Sache befasst haben und sich nicht hinter der Aussage verstecken, andere Meinungen seien zum Vornherein falsch. Noch ein Gedanke zur Unzufriedenheit: Sicher gibt es tausend Gründe, ein Unrecht zu beklagen. Doch was erreichen wir damit? Wir verbauen uns die Möglichkeit, Positives zu denken und entsprechend zu handeln. Hat es mit dem allgemeinen Wohlstand zu tun, wenn viel Negatives auf uns einströmt – und wir ihm noch Raum geben?

LA SCUOLA CHE VERRÀ



Ma spero proprio che non venga!

Francesca Salatino, membro UDF Ticino

Scrivo queste righe in quanto mamma di due bambini che tra qualche anno frequenteranno la scuola media, mamma preoccupata per la piega che sta prendendo la formazione dell'obbligo nel Canton Ticino. Dopo mesi di discussioni, il Parlamento ha stabilito che da settembre sarebbe dovuta partire la fase pilota del progetto "La scuola che verrà". La fase sperimentale avrebbe dovuto coinvolgere inizialmente "solo" tre Scuole Medie (Acquarossa, Biasca e Tesserete), ma in seguito è stata aggiunta anche Caslano. In Gran Consiglio, sulla sperimentazione, si sono espressi favorevolmente Plr, Ppd e Ps e Verdi, mentre buona parte della Lega e La Destra (ricordo che UDF

fa parte di quest'ultimo gruppo) hanno bocciato la proposta, senza tuttavia riuscire a bloccarla poiché in minoranza.

Cosa si propone?

Concretamente la riforma prevede la scomparsa dei livelli A e B. Al loro posto ci sarebbero altri due tipi di distinzioni: vi sarebbero un certo numero di lezioni settimanali a classi dimezzate; in due scuole separerebbero le classi per ordine alfabetico (??), mentre le altre due suddividerebbero gli allievi più orientati ad un approccio teorico da quelli orientati maggiormente ad un approccio pratico. Quanto alla distinzione per ordine alfabetico, la trovo scriteriata a tal punto che non saprei nemmeno com-

mentarla. L'altro modello – sebbene ad una prima riflessione non mi sia dispiaciuto – di fatto non suddivide i ragazzi in base alle loro concrete capacità. La scuola dovrebbe avvicinare i ragazzi al mondo del lavoro, che al giorno d'oggi è sempre più difficile e competitivo. Secondo me questa nuova scuola otterrebbe l'effetto contrario.

Come dicevo sopra, la fase che sarebbe dovuta partire a settembre era prevista come sperimentale. Sperimentale?? Questa parola mi spaventa. Facciamo esperimenti con i nostri ragazzi? Molti docenti si sono espressi in senso contrario alla riforma voluta dal Decs, ma la loro opinione di esperti non è stata conside-

Per fortuna le firme ci sono

Per fortuna non è finita qui. La Destra ha lanciato un referendum per bloccare la riforma e il numero di firme necessarie per la riuscita è stato ampiamente superato. Posso quindi sperare che questa "Scuola che verrà" non venga mai.

La scuola gioca un ruolo fondamentale sui nostri figli. Il referendum è uno dei più importanti degli ultimi anni. Quando sarà il momento di andare alle urne, è importante andare a votare per bloccare la riforma. Lo raccomando specialmente a voi genitori che avete figli in età di scuola dell'obbligo o più giovani.

Zuschriften

«Standpunkt» allgemein

Für das Probeexemplar bin ich Ihnen dankbar. Die informativen Beiträge sowie die Gestaltung haben mich überzeugt. Gerne können Sie mir dieses Blatt weiterhin zukommen lassen. Ich bin von einer anderen christlichen Partei in verschiedenen Bereichen enttäuscht worden. (...) Wahre Nachfolger Christi unterstützen die EDU. Macht weiter so. Bhüet Öich GOTT!
Nina Dietrich (per E-Mail)

Jerusalem / EDU-Petition

Der jüdische Talmud lehrt, dass der Messias kommen und ein Reich aufrichten wird. Jerusalem soll die Hauptstadt des Reiches und der Tempel das Zentrum des Gottesdienstes sein. Dieser Messias ist jedoch nicht Jesus Christus. Denn über Je-

sus schreibt der Talmud: «Er war ein verdorbener unehelicher Sohn von Maria, ein Bastard, der ewige Höllenqualen leiden wird.» Nach Daniel 11,45 und 2. Thess. 2,4 wird der Antichrist von Israel aus herrschen. Das heutige Jerusalem wird wie die gesamte Erde durch Feuer vernichtet (2. Petr. 3,10-12). Jesus wird danach die Erde neugestalten und ein 1000-jähriges Friedensreich starten (Offb. 20 und 21). Die Forderung, die schweizerische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, ist ein falsches Signal, weil dies zu Streit und Hass führt.

Josef Wüllner (per E-Mail)

Zitat von Henry Ford (3/18)

Zusammen kommen ohne Jesus Christus ist rein menschlich (humanistisch). Zu-

sammen bleiben ohne Jesus Christus ist dem Teufel folgen. Zusammen arbeiten ohne Jesus Christus ist dem Teufel dienen. Eine christlich-politische Zeitung ohne Jesus Christus dem HERRN, ist zu nichts nütze als dass sie das höllische Feuer nährt.

NN (Name und Adresse der Redaktion bekannt)

Ihre Ansicht interessiert

uns! Trotzdem können wir nicht alle Zuschriften berücksichtigen. Der Abdruck erfolgt gekürzt und in redigierter Form.

Angebote und Termine

Marktplatz

VERKAUFEN

Direkt vom Bauer – ist schlauer!
Rind- und Kalbfleisch aus Graubünden: 10-kg Mischpakete. Das Fleisch ist frisch, Portionsgrösse nach Ihrem Wunsch, vakuumiert und angeschrieben. Persönliche Hauslieferung Region Chur, Winterthur, Zürich, Aarau und Basel. Nächste Lieferung: 14.–18.6.2018. Rindfleisch: CHF 25.–/kg; Kalbfleisch: CHF 30.–/kg. Kontakt: J. + C. Roffler-Jossen, Plattaweg 20, 7232 Furna; 081 332 30 13, roffler.cornelia@bluewin.ch

Von Privat: **6 Hapimag Aktien**, guter Preis. Beim Kauf von 6 Aktien Preisreduktion. K: 033 336 41 24 (vormittags)

VERMIETEN

Neue 4 ½-Zi.-Wohnung (114 m², Erstvermietung) im Zentrum von Bülach. Ruhig gelegen, hoher Ausbaustandard, inkl. 2 Tiefgaragenplätze. Ab November 2018. K: 079 250 16 44, rebekka.baserga@swissonline.ch

2-Zi.-Ferienwohnung am Thunersee. Gepflegte, helle Wohnung. Ideal bis 2 Pers. Inkl. Küchen-, Bad- u. Bettwäsche. TV, WLAN, PP vor Haus. ÖV 2 Min. Ohne Haustiere. CHF 60.–/N. Endreinigung CHF 70.– plus Kurtaxe. K: 078 666 36 51

Ferien im Tessin: In Brusino Arsizio ausnahmsw. noch freie Wochen v. Juni-Aug. 3 ½-Zi.-Whg., 6 Betten, ruhig, Panoramansicht, CHF 720.–/W. K: 076 547 79 05

SUCHEN

Suche zwei **Bücher: «Alle Neun», von Martha Wild und «Botschafter der Freude», von Ernst Aebi.** K: 031 724 77 42

VERSCHENKEN

Vortrags-CD von Prof. Werner Gitt: «Was uns die Schöpfung lehrt: Kann die Schöpfung ein Gottesbeweis sein?». Sehr geeignet auch zum Weiterschenken an Mitmenschen, die dem Evangelium noch fernstehen! Gratis erhältlich beim Literatur-Dienst, Postfach 21, 3113 Rubigen BE. K: 079 613 20 02, literatur-dienst@bluewin.ch

VERSCHIEDENES

«Gesund und erholt» – Seminar vom 24.–28.9.2018 im Hotel Seebüel in Davos. Gesundheitsorientiertes Trampolintaining kennenlernen – wohltuende Entspannung erleben – köstliches Essen geniessen – wertvolle Impulse für das Leben mitnehmen! K: www.swingwalking.com, 071 223 20 23

Patientenverfügung, Vorsorgeauftragsmuster, Verfügung für Erdbestattung finden Sie unter www.ve-p.ch, oder gratis bestellen: Sekretariat VE + P, Postfach 16, 8514 Bissegg

Die EDU lädt ein

Baden: jeden 2. Montag im Monat, Beginn 19.15–19.30 h, Schluss 21 h, im «be blessed plus», Rathausgasse 8: EDU-Gebet. K: 079 541 38 51

Heiden: jeden 1. Dienstag im Monat, 14.30 h, Pfingstgemeinde, Asylstrasse 26: EDU-Gebet. K: 077 520 48 73

Biel: jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 h, Fam. Wüthrich, Weidstrasse 15: EDU-Gebet. K: 032 365 42 53

Männedorf: jeweils mittwochs in den geraden Kalenderwochen, 9–10 h, Luegislandstrasse 27: EDU-Gebet. K: 044 920 45 43

Zürich: jeweils am 2. Mittwoch im Monat, 18.30–19 h, Glockenhof, Raum der Stille, Sihlstrasse 33: EDU-Gebet. K: 044 322 61 46

30.5. Herisau: 20 h, Casino, Poststrasse 9: Vortrag «Resilienz – mental und körperlich für den Alltag gewappnet sein», mit Rolf Nussbaumer. K: 079 723 52 09, www.edu-ar.ch

1.6. Wil SG: 19.30 h, Hof zu Wil, Marktstrasse 88: Vortrag «Scharia in der Schweiz», mit Kurt Beutler. K: 071 420 92 64, www.sg.edu-schweiz.ch

9.6. Benken SG: 10 h, Treffpunkt Landgasthof Sternen, Giessenstrasse 10: Führung Linthwerk inkl. Grillieren (bei Regenwetter Essen im Restaurant). Anmeldung über Kantonssektionen SG/GL/Gr: 071 420 92 64, www.edu-sg.ch; 055 640 59 60 (GL); 079 235 59 43, www.edu-gr.ch

11./25.6. Bülach: 20 h, Gemeinde für Christus, Schaffhauserstrasse 4: Gebet der EDU Zürcher Unterland. K: 044 865 20 32, 044 856 01 93

14.8. Schiers: 20 h, Restaurant Alpina, Schrabachstrasse 5: Parolenfassung. K: 079 235 59 43, www.edu-gr.ch

16.8. Mollis: 20 h, Fam. Geissbühler, Im Moos 18c: Parolenfassung. K: 055 640 59 60

17.6. Herisau: 17 h, Pflingstgemeinde, Rosenaustrasse 1: EDU-Gebet. K: 071 351 67 39

18.8. St. Gallen: 10 h, Kugelgasse 6: Drogenproblematik in St. Gallen –

Führung durch Szenen und Brennpunkte und Besichtigung der Not-schlafstelle, mit Mitarbeitern vom Verein Endlesslife Suchthilfe. Anschliessend gemeinsames Mittagessen in Restaurant möglich. 14 h: Möglichkeit für Ausstellungsbesuch (ohne Führung): «Juden in der Schweiz» (Museumstrasse 50, Historisches und Völkerkundemuseum, Eintritt Erw. 12.–, Vergünstigungen mit versch. Ausweisen). Anmeldung für die einzelnen Programmpunkte über K: 071 420 92 64, www.edu-sg.ch

28.8. St. Gallen: 19.30 h, Café Gschwend, Goliathgasse 7 (bei Marktplatz): EDU-Abstimmungsforum. K: 071 420 92 64, www.edu-sg.ch

31.8. Flawil: 19.30 h, Restaurant Park, Bachstrasse 19: EDU-Abstimmungsforum. K: 071 420 92 64, www.edu-sg.ch

Christliche Anlässe

Ländli Oberägeri

2.6. Erfrischungstag im TextLive
4.–8.6. Andachtswoche «Mit Jesus unterwegs – die Ich bin Worte Jesu»
15.6. Oasentag «Meine Zeit steht in Gottes Händen»
15.–17.6. Seminar «Burnout – Lebens-Lust statt Lebens-Frust»
K: 041 754 91 11, www.zentrum-laendli.ch

Lema'an Zion – Um Zions willen

Gebet, Bibelstudium und neuste Nachrichten aus Israel, mit Dr. Herbert Hillel Goldberg und David B. Goldberg aus Jerusalem.
10.6. 19.30 h, Evang.-ref. Kirchgemeinde, Affolternstrasse 45, Affoltern i. Emmental
11.6. 19.30 h, Volkshaus Zürich, Blauer Saal, Am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, Zürich
12.6. 19.30 h, Spittler-Haus, Socinstrasse 13, Basel
13.6. 19.30 h, Hotel Freienhof Best Western, Kyburgsaal, Freienhofgasse 3, Thun
14.6. 19.30 h, KGH, Oberdorfstrasse 6, Münchenbuchsee
17.6. 9.30 h, FMG, Schafisheimerstrasse 4, Hunzenschwil
www.haschiwah.org, www.lemaanzion.de

Seminar für biblische Theologie Beatenberg

10.6. Absolvierungsfeier mit Festgottesdienst
29.6.–1.7. Studientage mit Wolfgang Baake: «Christ und Medien»
1.–6.7. Sommerakademie: Aktuellen Herausforderungen in Kirche und Theologie kompetent begegnen
K: 033 841 80 00, www.gaestehaus.ch
Gemeinde für Christus
19.–29.6. Freizeit 50+ in Madulain.

Gemeinde für Christus, Bernstrasse 73, 3613 Steffisburg.
K: 033 439 74 00, www.gfc.ch
16.–27.7. Lager für Menschen mit einer Behinderung (jede Altersstufe). Seminar- und Freizeithaus Wydibühl, Wydibühlstrasse 24, Herbligen. K: 031 770 71 71, freizeithaus.gfc.ch
13.–15.7. Steffisburgkonferenz: «Ein Herz für andere». K: www.steffisburgkonferenz.gfc.ch

Evangelische Gemeinde Action Biblique Bern

23.6. 19.30 h, Kapelle im Siloah-Areal, Worbstrasse 328, Gümliingen: Multimediashow «Orte meiner Faszinierung – Dolomiten, Soča, Algarve und die Geschichte eines Berglers», mit René Wethli. K: 034 446 81 41, www.ab-bern.ch

Verfolgung.jetzt

Eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit, der SEA und Fingerprint.
23.6. 16–19 h, Bundesplatz, Bern: Millionen von Christen leiden unter Gewalt und Verfolgung, weil sie an Jesus glauben. Wir hören ihre Geschichten. Wir beten für sie. Wir erheben unsere Stimme.
K: www.verfolgung.jetzt

Credo Schloss Unspunnen Wilderswil

30.6.–7.7. Single-Freizeit
K: 033 822 32 06, www.credo.ch

International Christian Embassy Jerusalem ICEJ

21.–28.7. Seeblick Höhenhotel, Emmetten: Israel-Woche «Wort Gottes in Aktion – Israel 70 Jahre wiedererlangte Unabhängigkeit», mit Hansjörg Bischof, Johannes Gerloff und Saleem Shalash. K: www.icej.ch

Kontakt:

Nicole Salzmann
marktplatz@edu-schweiz.ch



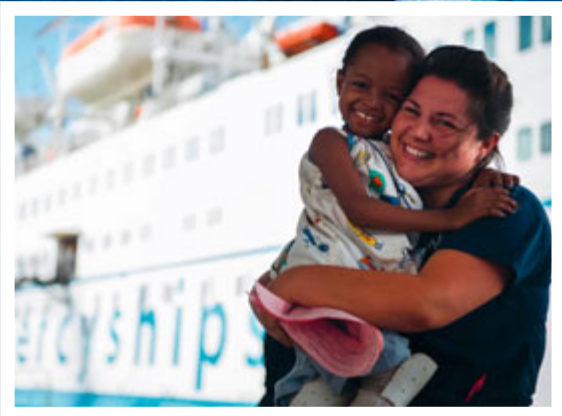
Der «EDU-Standpunkt»
07-08/2018 wird am 2. Juli versandt. Redaktionsschluss:
8. Juni 2018, Druck: 28. Juni 2018

Probeabonnement
info@edu-schweiz.ch
033 222 36 37

Jahresabonnement
CHF 30.–/25 € (inkl. 2,5% MwSt)



Das Spitalschiff, das Leben verändert



**Sie
können helfen!**

Weltweit haben 5 Milliarden Menschen keinen geeigneten Zugang zu einer chirurgischen Versorgung. Mercy Ships hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit Spitalschiffen kostenlose, erstklassige Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern auch jenen zugänglich zu machen, die sich diese nicht leisten könnten.

www.mercyships.ch



Postkonto 14-384739-9

Impressum

HERAUSGEBER/ REDAKTION

EDU-Standpunkt
 Postfach 43
 3602 Thun

ADMINISTRATION UND ADRESSMUTATIONEN

033 222 36 37
 mutationen@edu-schweiz.ch

ANZEIGENVERKAUF

(Inserate, ohne Marktplatz)
 031 818 01 42
 inserate@edu-schweiz.ch

MARKTPLATZ

033 222 37 06
 marktplatz@edu-schweiz.ch

REDAKTION

033 222 37 07
 redaktion@edu-schweiz.ch

ABONNEMENT

CHF 30.- / 25 € (inkl. 2,5 % MwSt)

REDAKTION

Thomas Feuz (Leitung)
 Arthur Gasser
 Roland Haldimann
 Lisa Leisi
 Martin Lex
 Hans Moser
 Markus Reichenbach
 Daniel Suter

Schreibende geben ihre
 persönliche Ansicht wieder.

KONZEPT / GESTALTUNG

Basel West
 Unternehmenskommunikation AG

LAYOUT

Harold Salzmann

DRUCK UND SPEDITION

Jordi AG, Belp

FOTOS

Titelseite u. 4: Harold Salzmann
 5, 6, 14 (3.B.v.o.), 19: pixabay.com
 12: shutterstock.com
 Kopfbilder, 8, 9, 14 u.: vvg
 14 (2.B.v.o.): wikipedia.org / Scanned from
 Rainer C. Schwinges (ed.), gemeinfrei

Erscheint monatlich
 11 Ausgaben (Doppelnummer 7/8)

Auflage: 23200 Exemplare

Postcheck 30-23430-4
 IBAN CH 35 0900 0000 3002 3430 4
 www.edu-schweiz.ch



**SCHLUSS
 PUNKT**

Forever

Ruedi Ritschard, Kolumnist

Ende April. Der Kanton Bern befindet sich im Ausnahmezustand. Vorsicht also beim Überschreiten der Kantonsgrenzen zu Bern! Es kann durchaus sein, dass Sie urplötzlich von wildfremden, johlenden (nicht jodelnden) und jubelnden Menschen umarmt, geküsst und gedrückt, sogar zu einem Trunk, einer Plauderstunde eingeladen werden. Von Angesicht zu Angesicht, richtig reden miteinander, ohne Handy, ohne Elektronik, mit einem Lächeln im Gesicht, mit leuchtenden Augen.

Ja, wir bedächtigen Berner sind aus dem Häuschen. YB sei Dank! Der Berner Sport Club BSC Young Boys hat das Wunder von Bern geschafft: endlich Schweizermeister. YB forever! Einmal YB-Fan, immer YB-Fan, in guten wie in schlechten Zeiten... Sübi!

Der Lärm ist ohrenbetäubend. Der Schlusspfiff geht fast unter im Getöse. Was für ein Match im Wankdorf (eh, im Stade de Suisse). Alle Dämme brechen, das Spielfeld verwandelt sich in ein gelbschwarzes Meer. Die Zuschauer verfallen in einen kollektiven Jubelrausch. Tornetze, Torpfosten und Cornerflaggen werden in Stücke zerlegt und als Andenken an diesen hysterischen (eh, historischen) Abend nach Hause geschleppt. Was für nervenaufreibende dreiundneunzig Minuten Fussball. Dieser Penalty, dieser Weltklassesortierer, dieses Goal in der zweitletzten Minute! Spannender geht's nicht. Danke, Bärner Giele!

Liebe GC- und FCZ-Anhänger, vor allem liebe Basler und alle andern Fussballfreunde: Eure Zeit kommt auch wieder einmal! Nur ist jetzt etwas Geduld nötig, ein paar Jährchen, es müssen ja nicht auch 32 sein. Aber YB hat jetzt einen Lauf, und der ist schwer zu bremsen, mit all den Bärner Giele im Team...

Sie geben ihr Bestes, die Sportler. Sagen sie immer. Unser Leben ist ein Lebenslauf. Wir geben bestimmt auch unser Bestes. Vielleicht ist mein «Bestes» verschwindend klein, gering, unbedeutend. Dein «Bestes» ist vielleicht riesig, bewundernswert, von der Gesellschaft anerkannt und hochgelobt. Spielt keine Rolle. Hauptsache, wir geben das Beste. Gott gab auch sein Bestes. Seinen Sohn. Und dieser gab sein Bestes für uns: sein Leben. Mit Jesus steht uns für den Lauf durchs Leben ein hervorragender Trainer zur Seite. Er steht nicht tatenlos an der Seitenlinie; er rennt mit und spornt uns an: «Lauf für mich, gib einfach Dein Bestes, nach Deinen Möglichkeiten.»

Ein gläubiger Fussballer hat gesagt: «Ich möchte lieber ohne Fussball leben als ohne meinen Glauben an Jesus Christus.» Darum: Viel Freude auf dem Weg – und Hopp YB, forever! •

Massig Porto sparen
bei Auslandsbriefen

Grenzbrief.ch

In Ihrem Brief steckt
noch was drin.



Günstig und
einfach
drucken

printzessin.ch

2018 – Israel-Solidaritätsreisen

Israel-Herbstreise
mit vielfältigem Programm
14.–28. Oktober 2018
fak. Badewoche in Eilat vom
28. Oktober–4. November 2018

Prospekt: Pro Israel
Postfach, 3607 Thun
Tel. 033 335 41 84,
info@proisrael.ch
www.vereinigungproisrael.ch

**Der Herr ist
meine Stärke.**

Die Bibel

Rücken-, Kopf-
oder Nacken-
schmerzen?

Optik · Augen-Kinetik

woods
CHRIS DUNGAR



**TRANSPARENT
BROKER**
fair-trauen | fair-netzen | fair-sichern

Sind Sie fair versichert?
www.TransparentBroker.ch



Royal Line
Übersetzer- und
Dolmetscheragentur
www.royalline.ch

16. Juni
9.30 Uhr
Olten

EDU+UDF
Eidgenössisch-Demokratische Union

Politseminar: Werte leben

Anmeldung: info@edu-schweiz.ch,
033 222 36 37. Herzlich willkommen!



FERIEN & SEMINARE
www.cvjm-zentrum.ch

PROSPERITA

Die christlich-ethische
Pensionskasse

www.prosperita.ch

baumann
elektro

jung, dynamisch und motiviert

baumannelektro.ch | 031 721 62 27



MAF
Flying for Life
maf-swiss.org

Fachhändler für Naturbettwaren

Massivholzbetten in über 60 Designs
fanello-Lattenrost und Naturlatexmatratze
Schurwollduvets, Kissen und Betauflagen

Kommen Sie vorbei und lassen Sie sich beraten!



Spycher-Handwerk

Huttwil



www.kamele.ch

Schaukarderei

- Naturfaserkleider
- Jurtenübernachtung
- Betriebsführungen

062 962 11 52



Huwa
100 Jahre
www.huwa.ch

Solidarität unter Christen
Firmen und Dienstleistungen
stehen Ihnen zur Auswahl

www.cgs-net.ch

CGS ECS ICS
Christliche Geschäftsleute Schweiz



RE/MAX
Immobilienmakler
Nathanael Regez
Tel. 079 215 57 27
n.regez@remax.ch

Kostenlose Schätzung



SPITALSCHIFFE
FÜR DIE ÄRMSTEN

Sie können
helfen!

www.mercyships.ch



HINE ADON
HOTEL
APARTHOTEL
HINEADON.COM

Spycher-Handwerk
Huttwil



www.kamele.ch



**E. + W.
BERTSCHI**
AG

5728 Gontenschwil 062-773 12 40
Spenglerei · Sanitär · Heizungen

Für mehr Lebensqualität.



RS Hilfsmittel Heimberg
www.rs-hilfsmittel.ch